

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Samstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Vorkosten nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Preisband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. jährlich. Bestellungen, der Preis für Deutschland und Österreich 10,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 59.

Die schlagendste Kampfschrift über den Kampf der Arbeiterklasse in Deutschland. Keine Ausgabe: Das schlagendste Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anzeigengebühren. Ausgabe: Ausgabe laut Tarif. Familien-Anzeigen und Werbeanzeigen 3,50 M. extra pro Zeile. Einzel-Belege in den Anzeigen: das schlagendste Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum Nr. 15230-15239

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die Krise in England

### Kohlenarbeiterstreik und Neuwahlen

Die bürgerliche Presse in England legt ihre Hege gegen die streikenden Arbeiter fort. „Sunday Express“ meldet, daß die Zahl der Arbeitslosen bereits drei Millionen betrage, täglich kämen tausende hinzu. Die Regierung dürfe sich nicht einschüchtern lassen und insbesondere für den Schutz der Arbeitswilligen Sorge treffen. „Observer“ spricht von der klaren Zerstörungswut der Bergarbeiter. Das Blatt erwartet aber, daß der Arbeiter-Dreißiger in dieser Woche versuchen werde, zu verhandeln. Die augenblickliche Lage sei auf die Weltwirtschaftskrise zurückzuführen und durch einen Klassenkampf nicht zu beseitigen. Ein Kompromiß der Kohlenindustrie würde zwecklos sein. „Sunday Pictorial“ nimmt an, daß die Kohlenkrise zu Neuwahlen führen werde, die im Juni oder noch früher stattfinden würden. Die Regierung werde an das Volk zwei Fragen stellen, erstens, ob das Volk bereit ist, Millionen von Arbeitern aus den Steuern zu unterstützen, und zweitens, ob das Volk die Anstellung neuer sozialistischer Experimente in riesigem Maß wolle. Die Desorientierung begründe die Ansichten auf Neuwahlen mit Erleichterung und erkläre, die übermäßigen Forderungen der Arbeiterschaft müßten von der gesamten Nation an den Wahlen geregelt werden.

Eine vernünftiger Ansicht äußert „New Statesman“. Das Blatt ist der Ansicht, Neuwahlen zu einer Zeit der fallenden Wöhne würden eine reine Arbeitermehrheit bringen. Das Blatt wirft der Regierung vor, sie habe absichtlich die Kohlenkrise heraufbeschworen. Die Kriegserklärung Lloyd Georges an die Arbeiterschaft sei wahrscheinlich der schwerste taktische Fehler, den der Minister in seinem Leben je gemacht habe. Jedermann wisse, daß Lloyd George nur durch rein politischen Instinkt „auf der anderen Seite“ sei.

Sir Robert Horne, der neue Reichsschatzkanzler, hat sofort auf das Stichwort der reaktionären Presse geantwortet. Er führte am Sonntag aus, daß der Bergarbeiterstreik ein Versuch sei, die Regierung durch Drohungen zum Nachgeben zu zwingen. Falls erforderlich, sollen Freiwillige, die sich zum Auspumpen der Bergwerke melden, besonders geschickt werden. Der Arbeitsminister Mac Namara hat in London erklärt, daß es dringende Pflicht der Gewerkschaft sei, den Bergarbeitern deutlich zu erklären, daß die Nation jeden Versuch zu unmittelbarer Aktion nicht dulden werde. So vereinigt sich auch in England sofort

das ganze Bürgertum zu gemeinsamer Abwehr, wenn die Arbeiterschaft gegen die weitere Verschlechterung ihrer Lage den Kampf aufnehmen muß!

### Die Kriegsschäden

#### Verhandlungen der Wiedergutmachungskommission mit der deutschen Delegation

Paris, 3. April.

Die Reparationskommission teilt mit, die Verhandlungen mit der deutschen Delegation seien von der Reparationskommission am 1. April fortgesetzt worden. Die Verhandlungen hätten sich auf die Frage der Schäden an nicht bebautem Grundeigentum bezogen, die Deutschland nach dem Wortlaut des Anhangs 1, zum Abschnitt 8 des Friedensvertrages zur Last fallen.

Was die zerstörten oder beschädigten Weinberge und Obstgärten anlangt, so behauptete die deutsche Delegation, daß Deutschland nur einen gewissen Teil der durch die Wiederbepflanzung verursachten Kosten zu bezahlen brauche, und zwar einen Teil, der sich bestimmt nach dem Unterschied zwischen dem Alter der Bäume oder Rebhölzer im Augenblick der Zerstörung und der normalen Lebensdauer dieser Bäume oder Rebhölzer, wobei gleichzeitig der normale Ertragsmindernde Rechnung zu tragen sei, die bei derartigen Anpflanzungen eintritt.

Besüglich der Forsten erkenne die deutsche Delegation an, daß sie Ersatz für den Wert des zerstörten oder forstgeführten Holzes schulde. Was die Wiederbepflanzung anlangt, so wolle sie deren Kosten nur dann ersehen, wenn die geschlagenen Bäume noch keinen Handelswert erlangt haben, weil der Eigentümer die Wiederbepflanzungskosten selbst tragen muß, wenn er Bäume schlagen läßt, die Handelswert erlangt haben. In diesem Falle hätte Deutschland die Kosten, die durch die Verschlechterung des Bodens entstanden sind, nur insofern zu ersehen, als diese Kosten die normalen Kosten der Wiederbepflanzung übersteigen.

Was die Wiederherstellung des Bodens und die Wiederherstellung seiner Ertragsfähigkeit sowie die Einweihung von Boden anlangt, der zu sehr umgewandelt ist, um wiederhergestellt zu werden, so behauptete die deutsche Delegation, daß die Wiederherstellungskosten, die Deutschland zur Last gelegt werden können, in keinem Falle den Verkaufswert des Bodens im Augenblick der Zerstörung übersteigen dürfen. Sie erkenne nicht an, daß gewisse Veränderungen infolge der Misshandlung der unfruchtbaren Unterseite mit der anbaufähigen Erde endgültig einen Teil ihrer Ertragsfähigkeit verloren haben.

## Der Stich ins Herz

Der Putsch in Mitteldeutschland ist zusammengebrochen. Dieser Zusammenbruch ist gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Taktik. Alles, was die U. S. P. D. vor der Spaltung vorausgesagt, ist eingetroffen. Den Kommunisten blieben, auch nachdem sie sich mit den Neukommunisten vereinigt hatten und eine Massenpartei bildeten, nur zwei Wege offen. Sie mußten entweder die gleiche Politik treiben, wie die U. S. P. D. Dann hätten sie ihre Ueberfülligkeit nachgewiesen. Oder sie mußten zu einer gewalttätigen Aktion schreiten, die bei den gegebenen Verhältnissen die Aktion einer Minderheit war und mit einer blutigen Niederlage enden mußte.

Die Kommunisten haben den letzteren Weg gewählt und damit die vorausgesagte Niederlage für einen Teil des Proletariats heraufbeschworen, der ihren Parolen folgte. Daß diese Niederlage bisher nur aus die kommunistische Partei beschränkt blieb, daß nicht die gesamte Arbeiterbewegung in den Strudel des Abgrundes hineingerissen wurde, verdanken wir der entschlossenen Haltung unserer Partei. Aber die Gefahr ist noch nicht vorüber und deshalb ist es notwendig, daß wir über den Verlauf der Kämpfe ein klares Bild bekommen, um jenen Kreis von unerantwortlichen Personen zu isolieren, der einen Teil der Arbeiterschaft in leichtsinnigster Weise in jenes aussichtslose Abenteuer hineingetrieben, Elend und Verderben über ihn gebracht hat. Auch die Arbeiter, die aus Idealismus die kommunistischen Weisungen befolgten, müssen heute erkennen, daß der Weg, den die kommunistische Parteileitung eingeschlagen hat, der Weg ins Verderben ist und daß die Arbeiterschaft über diesen Weg nicht zum Kommunismus, sondern zur Militärdiktatur kommt, wenn nicht endlich auch die kommunistischen Anhänger sich wieder zu den sozialistischen Grundfragen zurückfinden und die Putschtaktik nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch zurückweisen.

Die Mehrzahl der kommunistischen Arbeiter in Mitteldeutschland war von den Parolen, die seit Wochen von der Zentralkommission und der Parteipresse gegeben wurden, ebenso überrascht, wie die nichtkommunistische Arbeiterschaft in ganz Deutschland. Es ist nicht wahr, daß das Einrücken der Sipo in Eisleben die gesamte Arbeiterschaft des Industriegebietes in eine große Erregung versetzt habe. Es ist zwar möglich, daß mit dem Einrücken der Sipo provokatorische Absichten verbunden waren. Aber diese Provokationen sind noch nicht zutage getreten gewesen, selbst die kommunistischen Arbeiter müssen heute anerkennen, daß sich die Sipo in Eisleben während der ersten Tage ihrer Anwesenheit die größte Zurückhaltung auferlegte. Es war also noch gar kein Grund zu einer tiefgehenden Erregung gegeben. Die Arbeiter in Mitteldeutschland folgten deshalb nur zu einem ganz geringen Bruchteil der Aufforderung zum Generalstreik, und die wenigen Werke, die in den Streik getreten waren, wollten die Arbeit schon wieder aufnehmen, als von der Berliner Zentrale die Weisung kam, den Kampf mit allen Mitteln fortzuführen und ihn zum bewaffneten Zustand zu steigern.

In Eisleben trat dieser entscheidende Wendepunkt am Mittwoch, den 23. März, ein. In einer großen kommunistischen Versammlung trat als Redner der angebliche Max Holz auf und gab die Lösung aus, daß mit der zaudernden Taktik endlich Schluss gemacht werden müsse. Ganz Deutschland befindet sich bereits im hellen Aufruhr, nur die mittel-deutschen Arbeiter ärgerten noch. Holz forderte dann ganz offen zur Gewaltanwendung gegen den übrigen Teil der Arbeiterschaft auf, sagte, daß die Betriebe gewaltsam geschlossen werden müßten und verherrlichte schließlich mit hochtrabenden Worten den Terror und die Gewaltakte gegen die Bourgeoisie, wie er sie während des Kapp-Putsches im Vogtland erprobt hatte. Für diesen Vorgang stehen einwandfreie Zeugen auch aus dem kommunistischen Lager zur Verfügung.

Am nächsten Tage traten dann an verschiedenen Orten des Mansfelder Industriegebietes bewaffnete Arbeiter auf, die unter der Führung des Holz standen. Die Waffen entflammten den Beständen, die die Arbeiter während des Kapp-Putsches den Einwohnerwehren abgenommen hatten und die nur zum Teil abgeliefert worden waren. Es kam nun in den nächstfolgenden Tagen zu bewaffneten Zusammenstößen mit der Sicherheitspolizei in Eisleben. Auf Grund von Erkundungen, die wir an Ort und Stelle eingezogen haben, steht fest, daß in Eisleben die Sipo zuerst von den kommunistischen Arbeitern angegriffen wurde. Dieser Angriff entsprach ja auch den Weisungen, die die Zentrale der Partei, die „Rote Fahne“, der „Klassenkampf“ in Halle und die „Volkzeitung“ in Eisleben ausgegeben hatten. Die Meldungen der bürgerlichen Presse über den Umfang der Bewaffnung waren allerdings stark übertrieben, den Arbeitern standen nur wenige Maschinengewehre und einige Handfeuerwaffen zur Verfügung, von denen viele überdies nicht einmal gebrauchsfähig waren, da die Schlosse und die Gewehrläufe durch Rost beschädigt waren.

Daß bei diesen bewaffneten Zusammenstößen Spitzel ihre Hände im Spiele gehabt haben können, soll nicht abgestritten werden. Aber es steht fest, daß die Spitzel, auch wenn sie sich als Provokateure betätigten, von der sogenannten militärischen und politischen Oberleitung nicht abgeprüffelt wurden. Vielmehr gab die Leitung selbst die Befehle zu

## Parteienoffen und Genossinnen!

Wir fordern Euch auf, am Mittwoch um 10 Uhr in den Distrikten Euch zu versammeln und von dort aus geschlossen an dem Reichsbegängnis des im Polizeipräsidium erschossenen Kommunisten Solt teilzunehmen.

Eure Teilnahme soll ein Protest sein gegen den barbarischen Schieberlah, dem schon so viele proletarische Kämpfer ungeschützt zum Opfer gefallen sind, ein Protest gegen die Ausnahmegerichte und die Kassejustiz, ein Protest gegen die Fortdauer des Ausnahmezustandes in Mitteldeutschland.

Eure Kundgebung soll der Reaktion die ungebrochene Kraft der Arbeiterklasse zeigen und eure Entschlossenheit beweisen, allen gegenrevolutionären Vorstößen entgegenzutreten.

Eure Disziplin wird dafür sorgen, daß diese Kundgebung ebenso machtvoll wie würdig verläuft.

Bezirksverband der U. S. P. D. Berlin-Brandenburg.  
Der geschäftsführende Ausschuss.

Der Gesamtbetriebsrat der Betriebe und Verwaltungen der Stadt Berlin erläßt folgende Kundgebung:  
„Wir fordern die Kollegenschaft auf, an der Beerdigung unseres Kollegen Solt am Mittwoch, den 6. d. M., in weitgehendstem Maße teilzunehmen.“

Der Durchführung dieser vornehmlichen Kollegenschaftlichen Arbeit unsere Arbeitgeber keine Bedenken entgegen, wie dies der Oberbürgermeister den Organisationsvertretern zugehört hat. Es ist Pflicht der einzelnen Betriebsräte, für Durchführung dieses unseres Beschlusses Sorge zu tragen.“

Die Vertreter der Gewerkschaften veröffentlichen folgenden Aufruf:

Arbeiter, Angestellte Groß-Berlins!

Wir wiederholen heute mit allem Nachdruck unseren bereits am vorigen Freitag erhobenen Protest gegen die Einlegung der Sondergerichte. Weiter wenden wir uns mit aller Energie gegen den heute noch bestehenden Schieberlah, der zu der an Solt verübten Bluttat geführt hat und so die große Zahl früherer Opfer vermehrte.

Wir fordern, daß diese Sondergerichte nicht eingesetzt werden, und daß der Schieberlah gänzlich aufgehoben wird. Außerdem verlangen wir, daß die an der Tötung Solt's Schuldigen ohne Schonung bestraft werden.

Um die Erfüllung aller dieser nur zu berechtigten Forderungen zu erreichen, wollen wir zusammen mit den politischen Parteien

zu einer gemeinsamen Protestkundgebung aufrufen. Dieser Versuch ist aber leider gescheitert.

Angesichts dieser zum Teil veränderten Situation haben wir uns nochmals mit der Sachlage beschäftigt. Wir empfehlen der Groß-Berliner Arbeitnehmerschaft, trotz der berechtigten Erbitterung über diese Verletzungen des proletarischen Reichsbegängnisses sich nach wie vor nicht von Leidenschaften, sondern von nüchternen Erwägungen leiten zu lassen und der Reaktion nicht die Freude zu bereiten, zu der von ihr gewünschten Stunde einen Kampf anzunehmen.

Wir empfehlen deshalb der Arbeitnehmerschaft auch, die Beerdigung des Geblödeten nicht Anlaß zu Aktionen werden zu lassen.

Ma-Bund, Ortsrat Groß-Berlin, Fraun Liebestind.  
Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend. Sabath, Vollmerhaus.

### Die Protestaktion

Um der in Vorbereitung befindlichen Protestaktion der Berliner Arbeiterschaft gegen die Reaktion eine größere Geschlossenheit und Einheitlichkeit zu verleihen, hatte unsere Partei sich bereit erklärt, gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Rechtssozialisten über die Art der Durchführung dieser Aktion zu beraten. Infolge des Widerstandes der Rechtssozialisten, die von keiner Aktion etwas wissen wollten, kam ein gemeinsamer Beschluß nicht zustande. Aus diesem Grunde haben die Vertreter der Gewerkschaften von einer Aktion Abstand genommen. Unsere Partei erklärt deshalb vollkommen selbständig ihre Aufforderung an die Arbeiterschaft, das Reichsbegängnis von Solt zu einer würdigen und eindrucksvollen Kundgebung gegen die Reaktion zu gestalten.

Es ist die Schuld der Rechtssozialisten, daß es trotz aller Bemühungen unserer Partei und der Gewerkschaften nicht zu einer einheitlichen Kundgebung der Groß-Berliner Arbeiterschaft gekommen ist. Derselben Leute, die stets das Wort von der „Einigkeit des Proletariats“ im Munde führen, haben jetzt wiederum gezeigt, daß sie diese Einigkeit nicht wollen und jede Gelegenheit benutzen, um an die Stelle einer einheitlichen Klassenpolitik eine von enghem Reaktionsinteresse erfüllte Parteipolitik zu setzen.

Wir sind sicher, daß die Arbeiterschaft Groß-Berlins die Haltung der Rechtssozialisten entsprechend würdigt und durch zahlreiche Beteiligung an der am Mittwoch stattfindenden Demonstration den Beweis erbringt, daß sie auf dem Polsten ist, um der erstarkenden Reaktion entgegenzutreten.

(Siehe auch dritte Seite.)

Requisitionen, die in Plünderungen ausarteten, und zu Dynamitattentaten auf Banken, Postgebäude und Rathhäuser aus. Wenn von kommunistischer Seite diese verbrecherischen Gewalttate jetzt als Spiegelmaße hingestellt werden, so ist mithin der ganze Zustand ein Spiegelwerk gewesen, und die Spiegel hätten dann allerdings nicht nur im Mansfelder Kampfgebiet ihr Unwesen getrieben, sondern auch maßgebenden Einfluß auf die Leitung der Gesamtpartei ausgeübt, als sie die Parole zu diesem Zustand ausgab.

Hätte sich der Kampf in Eisleben mit der Sipo vielleicht noch damit rechtfertigen lassen, daß die kommunistischen Arbeiter die Anwesenheit von polizeilicher Macht nicht dulden wollten, so war das, was nach Eisleben geschah, ohne Sinn und Bestand. Unter der Führung des angebliehen Hölz und der ihm beigeordneten „politischen“ und „militärischen“ Kommissare begannen die Bewaffneten eine Reihe von Einzelhandlungen, die mit irgendeiner politischen Aktion nicht mehr in Einklang gebracht werden können. Sie besetzten, auf Lastautos und anderen Fahrzeugen sich vorwärts bewegend, Ortshäuser und Städte, in denen sich eine bewaffnete Macht überhaupt nicht befand, riefen dort die Diktatur des Proletariats aus, sprengten Banken und Postgebäude und hoben, wo sich die Möglichkeit bot, die verfügbaren Gelder ab. So wurde z. B. in Helbra, Hettstedt, Sangerhausen, Ammendorf und anderen Orten verfahren. Teilweise wurden auch Privathäuser, Eisenbahnanlagen und Bahnhofsgebäude mit Dynamit gesprengt. Sobald die bewaffnete Macht anrückte, verschwanden die politischen und militärischen Leiter mit ihrer eigentlichen Avantgarde und überließen die Arbeiter, die glaubten, im Dienste einer politischen Idee zu stehen, ihrem Schicksal. Auf diese Arbeiter ist dann der Schrecken des Bürgerkrieges niedergelassen. Nicht die „Vorhut“, wie die „Rote Fahne“ schreibt, sondern die Nachhut, also die irregulierten Arbeiter, hatten den Kampf mit der bewaffneten Macht auszufechten. Die „Vorhut“ ist in allen Fällen dem Kampf systematisch ausgewichen und hat damit offen kundgegeben, in welche unverantwortliche Hände die Führung der Aktion gelegt war.

Es bleibt also die Tatsache bestehen, daß auch in Mitteldeutschland der Aufruhr künstlich ins Land getragen wurde. Wollten die Arbeiter schon in ihrer großen Mehrheit von einem Generalstreik nichts wissen, so waren sie in einem noch stärkeren Maße einem bewaffneten Kampf abgeneigt. Die ganze Bewegung fand bei den Massen des Proletariats absolut keinen Widerhall. Während die Arbeiter Mitteldeutschlands in den Tagen des Kapp-Putsches, ebenso wie die Arbeiter des Ruhrgebiets, begeistert in den Streik traten, während in jenen Märztagen die Arbeiter laut nach Waffen riefen, um die Kappisten zu verjagen, mußten die Arbeiter diesmal nicht nur gewalttätig in den Generalstreik getrieben, sondern auch gewalttätig zum Waffendienst gezwungen werden. Hätte die von oben herunter angeordnete Aktion in den Verhältnissen und in der Stimmung der Massen einen Resonanzboden gefunden, dann bräuheten die Führer des Aufstandes nicht zu derartigen Zwangsmaßnahmen zu greifen. So aber verstiegen sie sich, um überhaupt Arbeiter für den bewaffneten Aufruhr zu gewinnen, zu der lächerlichen Annahme, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen. In vielen Orten wurden durch die militärische und politische Oberleitung, die sich stolz „Großes Hauptquartier“ nannte, alle Männer zwischen 18 und 45 Jahren gewalttätig in die sogenannte „Rote Armee“ eingereiht, die nichts weiter wie ein flüchtiger Spuk war, der allerdings die Arbeiter, die sich mißbrauchen ließen, dem weißen Schrecken in die Arme trieb.

Eine derartig künstlich aufgelegte Bewegung mußte in sich zusammendrehen. Wer die Orte besichtigt hat, in denen Hölz mit seiner sogenannten Avantgarde auftrat, und die Spuren in Augenschein nehmen konnte, die seine „Aktionen“ hinterlassen haben, der kann in den Kämpfen, die sich während der letzten 14 Tage in Mitteldeutschland abspielten, keine politischen Handlungen mehr erblicken. Das können nach den Ereignissen auch die wenigen Arbeiter nicht mehr, die anfangs mit einer gewissen Begeisterung in die Bewegung eintraten, sich aber schnell mit Ekel und Abscheu zurückzogen, weil sie die Taten eines Hölz und seiner Hintermänner mit der sozialistischen Bewegung absolut nicht in Einklang bringen konnten. Wildeste Räuberromantik, gepaart mit Grogmannsucht und starken militaristischen Einflüssen, die aus der Kriegszeit her noch in gewissen Köpfen festhingen, haben sich in Mitteldeutschland ausgetobt. Es war eine Aktion über die Köpfe des Proletariats hinweg, die schließlich in ein räuberisches Privatunternehmen ausartete.

Wie kam es nun, daß sich für eine derartige Aktion, die in ihren Auswirkungen verbrecherisch und gemeinschädigend werden mußte, auch nur ein Bruchteil der Arbeiter einlassen konnte? Die Taktik, die die kommunistische Partei und ihre Presse schon vor dem Putsch eingeschlagen hatten, gibt uns darüber Auskunft. Den Arbeitern wurde immer wieder vorgeredet, der bürgerliche Staat, der Kapitalismus, sei zusammengebrochen. In jedem Augenblick könne er gestürzt und die deutsche Räterepublik errichtet werden. Die Arbeiter brauchten nur den Führern der U. S. P. D. und den Gewerkschaften die Gefolgschaft aufzusagen, sich der U. S. P. D. und der 3. Internationale anzuschließen, sie brauchten nur die Parolen der U. S. P. D. zu befolgen, durch Streik und Aufruhr auf das Kampffeld zu treten, dann werde in kurzer Zeit die Herrschaft des Proletariats, das Bündnis mit Sowjetrußland verwirklicht sein, und auch die westeuropäischen Arbeiter würden, angespornt durch das deutsche Beispiel, sehr schnell nachfolgen und die Weltrevolution verwirklichen.

Dieser Irrglaube hat sich bitter gerächt. Verlassen und betrogen stehen heute die kommunistischen Arbeiter Mitteldeutschlands da. Man hatte ihnen „Führer“ auf den Hals geschickt, deren Dasein in ein undurchdringliches Dunkel gehüllt ist, die niemand kannte, denen aber laut Befehl der Zentrale unbedingter Gehorsam zu leisten war. Die Führer der kommunistischen Partei blieben alle miteinander der Bewegung fern. Wenn heute die U. S. P. D. behauptet, der „Klassenstich“ der U. S. P. D. habe die Bewegung nicht zur Entfaltung gebracht, so steht dem die Tatsache gegenüber, daß nicht die Führer der U. S. P. D. den mitteldeutschen Arbeitern in den Rücken stießen, sondern daß die Führer der U. S. P. D. die Bewegung ansetzten, ohne ihren Verlaufs durch persönliche Eingreifen zu meistern.

Es besteht die große Gefahr, daß jene Arbeiter, die sich in einer ersten Stunde ohne Führer haben oder von unverantwortlichen Führern verführt wurden, sich von dem Schlag, der ihnen zugefügt wurde, nicht erholen werden. Denn hinter dem mitteldeutschen Putsch arnist nicht nur die Koalition, sondern auch die Indifferenz, die selbe Bewegung, die normals gerade in Mitteldeutschland ihre Hochburg hatte und die jetzt, dank der beispiellosen Unverantwortlichkeit eines Kreises von Personen, der sich anmacht, Führer der Arbeiterbewegung zu sein, wiederum einen günstigen Boden unter den Besprengten, Geschlagenen und Irreführten finden kann.

Der mitteldeutsche Putsch war ein Stich ins Herz der Arbeiterbewegung. Die Wunde muß vernarben, aber sie wird es nur, wenn die Arbeiterklasse sich endlich aufrafft und jenen Männern die Gefolgschaft verweigert, die jenen unheilvollen Schlag ausführten. Sie sollen nicht zum zweiten Male das gleiche Verbrechen begehen.

### Die Dolchstoß-Legende

Die Zentrale der U. S. P. D. veröffentlicht in der „Roten Fahne“ einen neuen Aufruf. Sie rüdt darin nicht etwa von den Verbrechen ab, die in Mitteldeutschland von unverantwortlichen Elementen im Namen der kommunistischen Partei verübt worden sind. Sie schüttelt nicht etwa jene dunklen Erbsenzen ab, die das mitteldeutsche Proletariat vor die Füßten der Dregch getrieben und sich dann aus dem Staube machten, als es ernst wurde. Nein, die U. S. P. D. deckt diese Taten und fordert das Proletariat zu neuen Kämpfen unter den alten Parolen auf. „Die deutsche Regierung brauchte Beweismaterial, um bei der Entente die Orgesch-Waffen zu retten“, so heißt es wörtlich in dem Aufruf. Die Kommunisten, die den Aufruf angezettelt haben, waren dumm genug, der Regierung dieses Material zu liefern. Daß die Kommunisten aus dem Putsch absolut nichts gelernt haben, daß sie auch heute noch nicht in der Lage sind, die tatsächliche Situation, in der sich das deutsche Proletariat befindet, richtig zu erfassen, geht aus folgender Stelle des Aufrufs hervor:

Der Moment des Kampfes war günstig (!!) Die deutsche Bourgeoisie war und ist in einer inneren und äußeren schweren Krise. Ihr müdet euch nur zusammenschließen zur proletarischen Einheitsfront und geschlossen den Kampf aufnehmen. Eure Führer stellen sich in der entscheidenden Schlachsstunde wieder gegen das Proletariat, auf die Seite der Bourgeoisie. Statt im Kampfe voranzugehen, fielen euch diese Führer in den Rücken.

Hier werden alle Arbeiter die Frage erheben: Wo waren die kommunistischen Führer? Von der Berliner Zentrale meinte nicht einer im Aufrufgebiet. Auch die maßgebenden Leiter der mitteldeutschen Bezirksorganisation hielten sich fern. Die Führung wurde von den Kommunisten dem Hölz übergeben, der, wenn er kein Spigel ist, seinen Taten nach als Provolateur arbeitete. Kempin, der „Führer“ des Leunawerkes, wird heute selbst von der kommunistischen Parteipresse als Spigel bezeichnet. Die Arbeiter des Leunawerkes hegen diesen Verdacht schon lange, sie fragten dieserhalb bei der Zentrale der U. S. P. D. an, bekamen aber die Auskunft, daß Kempin absolut zuverlässig sei und daß sich die Arbeiter seinen Weisungen zu unterordnen hätten.

Eine von Spigeln und Provolateuren geführte Bewegung hätte mit einer Niederlage enden müssen, auch wenn die Situation günstig gewesen wäre. Die Situation aber war die denkbar ungünstigste; das hatte gerade der Ausgang der Landtagswahlen mit aller Deutlichkeit gezeigt. Die Kommunisten haben sich deshalb in zweifacher Hinsicht vergangen. Einmal hekten sie die Arbeiterschaft in der ungünstigsten Situation in den Aufruf, zum anderen Male übergaben sie die Führung Spigeln und Provolateuren, während sie sich selbst im Hintergrund versteckten. Wenn sie jetzt behaupten, das Unternehmen sei kein Putsch gewesen, sondern eine große allgemeine Bewegung, die mit der besten Aussicht auf Erfolg begonnen hätte und nur durch den „Klassenstich“ der USPD, in der Entfaltung gehindert worden wäre, so ist das nichts weiter als eine Wiederholung der Dolchstoß-Legende. Die Kommunisten haben das Gewaltprinzip von Lubendorff übernommen. Lubendorff erlitt damit Schiffbruch. Da ist es kein Wunder, wenn sie nun auch die Dolchstoß-Legende ihres militärischen Lehrmeisters aus dem Schubsack herortholen, um ihr Verbrechen zu verschleiern.

„Sturmriemen unters Kinn! Drauf und dran gegen die Feinde!“ Ganz richtig. Das Proletariat hat diese Feinde klar erkannt. Es wird sich gegen die Verderber mit aller Macht wenden, es wird sie austojen und isolieren, damit sie nicht zum zweiten Male das Proletariat ins Verderben führen können.

### Moskauer Kritik an den deutschen Kommunisten

DE. Helsingfors, 4. April.

In den Moskauer „Iswestija“ weist der Chefredakteur Stelkow darauf hin, daß die kommunistischen Unruhen in Deutschland keine innere Kraft gezeigt hätten. Sogar im Ruhrgebiet sei es verhältnismäßig ruhig. Stelkow meint daher, daß der Räuberboden für eine solche Bewegung fehle, und bedauert, daß die deutschen Kommunisten die Lage nicht erkannt und sich zu vorzeiligen Schritten hätten hinreihen lassen.

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan — nun kommt der Fußtritt!

### Das Ende des Streiks

In Mitteldeutschland ist überall Ruhe eingeseht. Nach einer Mitteilung der Reichspresse des Oberpräsidenten in Magdeburg hat Hettstedt eine Hundertstätt Sipo bekommen. Im Kreis Torgau wurden 230 Personen verhaftet, auf den Zweiten Bürgermeister soll ein Handgranatententat verübt worden sein, das mißlungen ist. Erhebliche Munitionslunde sollen gemacht worden sein. Die vielen Verhaftungen sind völlig sinnlos, reaktionäre Denunziationen spielen dabei die Hauptrolle.

Auf dem linken Rheinufer hat sich der größte Teil der Belegschaften wieder zur Arbeit begeben. Auf einigen Zechen streikt eine kleine Minderheit weiter. Die belgischen Besatzungsbehörden halten die Schachtanlagen noch besetzt.

### Das Siegesjulen-Attentat

M. I. B. meldet: Die Ermittlungen bezüglich des Anschlages auf die Siegesjule sind soweit fortgeschritten, daß jetzt die an dem Attentat einwandfrei Beteiligten dem Untersuchungsrichter zugeführt werden konnten. Ihre Namen sind: 1. Schriftföher Walter Baumgart, geb. 25. 10. 1884 zu Berlin, 2. Dreher Emil Hannemann, geb. 15. 8. 1865 zu Berlin, 3. Arbeiter Franz Kaminski, geb. 17. 7. 1902 zu Spandau, 4. Schleifer Karl Rana, geb. 27. 9. 1883 zu Neppen (Kr. West-Sternberg), 5. Portier Friedrich Vemte, geb. 4. 5. 1889 zu Walsches, Kr. Rostettin, 6. Kermacher Hermann Werdon, geb. 10. 4. 1870 zu Berlin, 7. Eisenhobler Hermann Neumann, geb. 7. 4. 1874 zu Trebnitz, Kr. Lebus, 8. Fabrikarbeiter Röhrling, geb. 1881 zu Alga, 9. Eisenhobler Friedrich Schurschinski, geb. 2. 7. 1880 zu Wittenen (Kr. Stallpöden).

Ueber den Gang der Untersuchung kann Weiteres zurzeit nicht veröffentlicht werden.

Im Hause Ullandsstraße 187 wurde Montag vormittag an der Kellerterre ein Pappkarton mit 14 Sprengpatronen gefunden, die allem Anschein nach mit Kobalt gefüllt waren. Die Zündschnur war bereits angebrannt, muß jedoch näher wieder erloschen sein. Am anderen Ende der Zündschnur befand

sich die Sprengkapsel einer Handgranate. In dem Fach befindet sich die Pension Steinplatz.

Der Breslauer Polizei gelang es, verbotenen geholten Sprengstoffe zu ermitteln und zu beschlagnahmen. Durch einen Zufall gelangte sie außerdem in den Besitz von Schriftfäden, auf Grund deren sie eine große Anzahl von Personen verhaftete. Bisher sind ungefähr 56 Personen festgenommen worden, darunter 10 Personen aus der Provinz.

### Die Mitschuldigen

Die Rechtssozialisten und die Rachejustiz

Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der rechtssozialistischen Partei, hat in der Frage der Ausnahmegerichte gegen Arbeiter die Sprache verloren. Das Blatt ist also jetzt, nachdem es zuerst noch geschwankt hatte, völlig einverstanden damit, daß gegen irregulierten Proletariat die schärfste Gesüh der bürgerlichen Klassenjustiz aufgefahren wird, während den Kapp-Rebellen und den anderen Putschisten von rechts bisher kein Haar gekrümmt worden ist. Das Zentralorgan der rechtssozialistischen Partei hat auch zu dem Aufruf unserer Parteileitung nichts zu bemerken. Selbst das „Berliner Tageblatt“, dem man besondere Liebe für unsere Partei und für die Arbeiterbewegung nicht nachsagen kann, mußte gestern ebenfalls erklären, daß es an dem Aufruf der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei nicht schweigend vorübergehen könne. Das Blatt sagt:

So weit wir davon entfernt sind, uns die leitenden Gedanken dieses Aufrufs, der natürlich im wesentlichen als eine Werbesehrift für die Unabhängigen Sozialdemokratie gedacht ist, zu eigen zu machen, so fehlt es doch darin nicht an Forderungen, die auch auf demokratischer Seite Beachtung verdienen. Im wesentlichen wird eine Aktion gegen die Rot der Arbeitslosigkeit und das Wohngelände gefordert. Der Aufruf der Unabhängigen Partei sagt dazu: „Die Forderungen der Gewerkschaften an die Regierung nach sofortigen Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit und Wiederaufnahme der Bautätigkeit werden von uns unterstützt.“ Auch nach unserer Auffassung sind hier die wichtigsten Ziele der sozialen Reformarbeit zutreffend gekennzeichnet.

Wir geben uns keiner Täuschung darüber hin, welchen Zwecken das Blatt mit seinen Bemerkungen dienen will. Und es erhebt sich darauf auch Widerspruch gegen eine Reihe bestimmter Forderungen des Aufrufs, weil sie angeblich zu weit gehen. Immerhin zeigt sich aber selbst bei den Demokraten mehr Verständnis für die Notwendigkeiten der Situationen als bei den Rechtssozialisten. Geht doch die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ in Kiel in einer Meldung aus Berlin so weit, daß sie den Inhalt des Aufrufs als „Gehimpfe auf die Gegenmaßnahmen“ bezeichnet und dann den Schwindel daran knüpft, daß wir nach diesen Gegenmaßnahmen „gehört“ hätten.

Welche Folgen sich aus der von Ebert und der rechtssozialistischen Parteileitung eingeleiteten Ausnahmejustiz gegen die Arbeiter ergeben, das zeigt sich jetzt in Sachsen. Das sächsische Justizministerium veröffentlicht folgende Befandmachung:

Der Reichsminister der Justiz hat auf Grund der im Reichsanzeiger Nr. 74 vom 31. März 1921 veröffentlichten Verordnung des Reichspräsidenten über die Bildung von außerordentlichen Gerichten vom 29. März 1921 die Errichtung eines außerordentlichen Gerichts in Dresden mit der Maßgabe angeordnet, daß sein Amtsbezirk das Gebiet des Freistaates Sachsen umfasse. Das außerordentliche Gericht nimmt seine Tätigkeit sofort auf.

In Sachsen besteht nicht das geringste Bedürfnis für diese Ausnahmejustiz. Die außerordentlichen Gerichte sollen wegen der Ueberlastung der ordentlichen Gerichte eingesetzt werden. In Sachsen ist aber von einer Häufung der Straftaten nicht das geringste zu spüren; einzelne Attentate auf öffentliche Gebäude sind vorgekommen, aber Putsche hat es im ganzen Gebiet des Freistaates nicht gegeben. Der sächsische Landtag wird sich ohne Zweifel damit befassen, werden auch dort die Rechtssozialisten den Mut aufbringen, das Werk ihres Ebert zu verteidigen?

Die Gerechtigkeit gebietet, anzuerkennen, daß einzelne Kreise in der rechtssozialistischen Partei unserem Protest gegen die Ausnahmejustiz beistimmen. Die „Münchener Post“ nennt die Ausnahmegerichte „die gefährlichsten Instrumente“, aus denen unendlicher Schaden entstehen könnte. Auch die „Chemnitzer Volksstimme“ wendet sich unzweifelhaft gegen die Ausnahmegerichte. Die „Breslauer Volksmacht“, das Blatt des Reichstagspräsidenten Loebe, behauptet, daß der Reichspräsident die Verordnung unterschreiben mußte, weil er in Ablehnung jedes persönlichen Regiments der Auffassung ist, daß die sachliche Verantwortung für seine Verordnungen die gegenwärtige Reichsregierung trägt. Eine furiose Auffassung! Danach tragen die Rechtssozialisten zwei Seelen in ihrer Brust, die eine ist die Parteiseele, die sich gegen Ausnahmegezeuge wendet, und die zweite ist die Regierungseele, die die Ausnahmegerichte einsetzt, wenn die bürgerlichen Parteien es so befehlen. Schließlich sagt das Blatt aber doch:

Es handelt sich hier nach den Einzelheiten der Verordnung tatsächlich nicht mehr um „Sondergerichte“, die allein aus technischen Gründen der Justizpflege gebildet sind, sondern gleich um Unwahngengerichte, die verfassungswidrig sind. Dringende Einsprüche für energische Schritte unserer Partei geboten, um sie mehr als ein Teil der bürgerlichen Presse, unter Vorantritt der halb-offiziellen „Sächsischen Deutschen Volkswirtschaft“, die Richter in einer Behandlung der kommunistischen Putschisten anfaßt, die nicht mehr „rechtes Recht“, sondern Rachejustiz zur Herrschaft brächte.

Der Ruf der „Breslauer Volksmacht“ wird ungehört verhallen. Die rechtssozialistische Führerschaft ist schon so eng an die bürgerlichen Parteien gefettet, daß sie an seiner gemeinsamen Aktion der Arbeiterklasse gegen die Ausnahmegerichte teilnehmen kann. Die rechtssozialistische Partei ist also mit der Verantwortung für die Rachejustiz gegen irregulierten Proletariat belastet. Sie darf sich nicht mehr auf ihren Ebert herausreden.

### Gegen den ungarischen Monarchistenputsch

Londen, 4. April.

Reuter erzählt, daß die Kleine Entente an Admiral Dorchy ein Ultimatum des Inhalts gerichtet habe, daß, wenn der frühere Kaiser das ungarische Gebiet nicht verlasse, am Donnerstag militärische Schritte beginnen würden.

II. Prag, 4. April.

Da Erzherzog Karl Kaisersteinmanger nicht verlassen hat, werden an der ungarischen Grenze tschechoslowakische Truppen konzentriert, um eine militärische Demonstration gegen Ungarn durchzuführen. Auf sämtlichen Eisenbahnlinien, die von der Tschechoslowakei nach Ungarn führen, ist bereits Sonnabend nach der Besetzung eingestellt worden.

# Die Hoffnung auf Amerika

Von Rud. Breitscheid

Der Außenminister Dr. Simons weist in der Schweiz, die hier und da aufgetauchte Behauptung, er hoffe dort mit Vertretern der Entente in neue Verhandlungen über die Wiedergutmachung zu kommen, ist amtlich dementiert worden. Die Reise des Ministers soll nur der Erholung gewidmet sein.

Die Erholung ist ihm nach den Anstrengungen der letzten Monate sicher von Herzen zu gönnen. Wenn wir nur die Gewißheit hätten, daß mittlerweile die zwischen uns und der Entente schwebenden Fragen ihrer Lösung nähergebracht würden. Der kritische Termin des 1. Mai rückt immer näher. Bis zu diesem Tage soll Deutschland nach dem Art. 235 des Versailler Vertrages zwanzig Milliarden Goldmark bezahlt haben. Nach der Auffassung der deutschen Regierung ist dieser Betrag durch die bisher geleisteten Leistungen erreicht. Nach der Auffassung der Alliierten sind wir von der Erfüllung unserer Verpflichtungen noch weit entfernt. Was geschieht, wenn am 1. Mai keine Verständigung erreicht ist? Wir fürchten, daß neue Ultimaten, neue Sanktionen und bedrückende Maßregeln aller Art drohen, und wir haben leider nicht den Eindruck, als ob die maßgebenden Stellen sich dieser Gefahr in vollem Maße bewußt wären und die nötige Entschlossenheit zu ihrer Abwehr aufbrächten.

Dann aber das große Problem der allgemeinen Wiedergutmachung. Nach dem Scheitern der Londoner Konferenz sind die Dinge an einem toten Punkt angelangt. Die Entente erklärt, sie habe keine Veranlassung, ihrerseits den ersten Schritt zur Wiederanknüpfung von Verhandlungen zu tun, und die deutsche Regierung hat hoch und heilig befeuert, sie könne, solange die Sanktionen andauern, die Initiative nicht ergreifen. Der eine rechnet darauf, daß der andere zuerst müde werde, und es fragt sich nur, wer dieses Spiel am längsten aushalten kann.

In Deutschland klammert man sich an jedes Wort des Widerstands, das auf französischer und besonders auf englischer Seite gegen die Abgabe auf den deutschen Export laut wird. Eine Opposition ist drüben in der Tat vorhanden. Handels- und Konjunkturkreise befürchten ungünstige Rückwirkungen der die deutsche Einfuhr belastenden Abgabe. Es ist indessen mehr als zweifelhaft, ob diese Gegenströmung stark genug ist, um in irgendwie absehbarer Zeit das in London errichtete Gebäude zu erschüttern. Und inzwischen leidet Deutschland. Es wird viel von der Umstellung der Wirtschaft geredet, bis infolge der „neuen Blockade“ Platz greifen müsse und die uns nach einer Uebergangszeit aus den schlimmsten Verlegenheiten herausbringen werde. Aber dieser Optimismus ist nicht in Einklang mit den Tatsachen. Die deutsche Wirtschaft ist in den letzten Tagen und Wochen in den verschiedensten Kreisen mit den Klagen und Anklagen, die unmittelbar nach London erhoben wurden, und mit der Niedergeschlagenheit, die zweifellos mehr Berechtigung hatte, als die jetzt vielfach zur Schau getragene Zuversicht. Nur daß sich eben das Kabinett Jehrenbach selbst die Hände gebunden hat. Es ist zu stolz, den Anfang zu machen. Es will die Würde der Nation oder das, was es dafür hält, wahren, auch wenn die Interessen des Volkes darüber zu Schaden kommen.

Freilich ist die Regierung nicht so verbohrt, daß sie nicht die Notwendigkeit erkenne, einen Ausweg aus dieser Sackgasse zu finden. Und da sie nun glaubt, von ihren Erläuterungen nicht zurückzuführen, sucht sie nach einem Vermittler, der neue Brücken zwischen ihr und der Entente bauen könne. Wie schon so oft in der Vergangenheit, so ist auch jetzt wieder ihre Hoffnung auf Amerika. In den letzten Tagen sind allerlei Mitteilungen über deutsch-amerikanische Besprechungen und Noten durch die Presse gegangen. Wahres und Falsches wurde da durcheinandergemischt. In der Besorgnis, es könne der Eindruck erweckt werden, als habe Deutschland sich etwas vergeben, bemühte man sich, es so darzustellen, als ob die Anregung zu dem Meinungsaustausch von den Vereinigten Staaten oder ihrem Vertreter in Berlin ausgegangen sei. Diese Darstellung ist falsch. Es war das deutsche Außenministerium, das an die amerikanische Regierung herangetreten ist. Warum wird das nicht offen und rückhaltlos zugegeben? Die Angst vor der nationalistischen Kritik, die schon soviel verdorben hat, spielt auch hier wieder ihre Rolle.

Nach dem „Petit Parisien“ hat Deutschland den Wiederaufbau von Nordfrankreich in den Vordergrund gestellt. Das ist an sich außerordentlich gut und vernünftig. Aber die Art, wie diese Frage angepaßt worden ist, oder angepaßt worden sein soll, muß das stärkste Befremden erregen. Man hat — immer wieder die französische Darstellung als richtig vorausgesetzt — den Vereinigten Staaten dargelegt, daß es Frankreich mit dem Wiederaufbau gar nicht recht ernst sei, und daß es die zerstörten Gebiete gewissermaßen als ein Propagandamittel benutze. Man hat also in demselben Augenblick, wo man die Vermittlung der Vereinigten Staaten um der deutschen Notlage willen anrief, Anklagen gegen Frankreich erhoben, die, ganz gleichgültig, ob sie berechtigt sind oder nicht, in Paris als Beleidigungen empfunden werden mußten. Wie immer auch die Vereinigten Staaten zu den europäischen Fragen stehen mögen, so konnte sich doch jedes Kind sagen, daß ihre Beziehungen zu den Alliierten wesentlich freundschaftlicher sind als die zu Deutschland und daß sie sich deshalb nicht veranlaßt sehen würden, mit Rücksicht auf uns vor den Ententestaaten die jenseitigen Argumente zu verbergen, die von unserer Seite geltend gemacht werden. Es scheint aber, als ob das auswärtige Amt von allen guten Göttern verlassen sei und sich nicht mehr in der Lage befindet, auch nur die simpelsten diplomatischen Erwägungen anzustellen. Es scheint insbesondere, als ob es sich von der Haltung Amerikas die naivsten Vorstellungen mache.

In diesem Zusammenhang gehört auch die in dem Memorandum aufs neue erörterte Idee, nach der Deutschland das Wiedergutmachungsproblem durch seinen Eintritt in die Schranken der Entente an die Vereinigten Staaten lösen könne. Auch diese Hoffnung steht auf sehr schwachen Füßen, und es kann sie nur nähren, wer über die wahren Stimmungen und Auffassungen jenseits des Atlantischen Ozeans sehr unzureichend unterrichtet ist.

## Amerikas Antwort an Deutschland

Berlin, 4. April.

Der amerikanische Kommissar, Herr Drexel, hat am 29. März als Antwort auf das deutsche Memorandum im auswärtigen Amt ein Memorandum übergeben, dessen mündliche Uebersetzung lautet:

Die amerikanische Regierung ist erfreut, aus Dr. Simons' informellem Memorandum in unzweideutiger Weise den Wunsch der deutschen Regierung zu sehen, Reparation bis zur Grenze

der Zahlungsfähigkeit zu leisten. Die amerikanische Regierung hält ebenso wie die alliierten Regierungen Deutschland für den Krieg verantwortlich und daher moralisch verpflichtet, Reparation zu leisten, soweit dies möglich sein mag. Die Anerkennung dieser Verpflichtung, wie sie das Memorandum in sich schließt, scheint der Regierung der Vereinigten Staaten als die einzige gesunde Basis, auf der ein gesicherter und gerechter Friede hergestellt werden kann, unter dem die verschiedenen europäischen Nationen wieder zu wirtschaftlicher Stabilität gelangen können. Die amerikanische Regierung glaubt, in dem Memorandum den aufrichtigen Wunsch der deutschen Regierung zu erkennen, Verhandlungen mit den Alliierten auf einer neuen Basis zu eröffnen und hofft, daß derartige Verhandlungen, einmal wieder aufgenommen, zu einer schnellen Regelung führen mögen, die gleichzeitig den gerechten Ansprüchen der Alliierten Genüge leisten und Deutschland erlauben, hoffnungsvoll seine produktive Tätigkeit wieder zu beginnen.

## Der neue Lohnabzug

Die Forderung des Einkommensteuergesetzes, die am 1. April in Kraft getreten ist, findet vielfach noch keine Anwendung durch die Unternehmer beim Lohnabzug. Sie begründen ihr Verhalten den Arbeitern gegenüber damit, daß die Forderung des Gesetzes bisher noch nicht veröffentlicht sei. Wir stellen demgegenüber fest, daß die Veröffentlichung des Gesetzes in Nummer 74 des „Deutschen Reichsanzeigers“, sowie in Nummer 34 des „Reichsgeblättes“ erfolgt ist, und fordern die Betriebsräte auf, die genaue Anwendung der neuen Bestimmungen zu verlangen.

Folgende Beispiele mögen den Steuerabzug erklären: Beträgt der Lohn eines Arbeiters täglich 50 Mark und hat er vier minderjährige Kinder, so bleiben frei vom Steuerabzug für sich und seine Frau je 4 Mark, gleich 8 Mark, für jedes Kind 6 Mark, gleich 24 Mark, insgesamt also 32 Mark, so daß er von den restlichen 18 Mark 10 Prozent, gleich 1,80 Mark, Steuern zu zahlen hat. Bei einem Wochenlohn von 300 Mark sind die entsprechenden Beträge zweimal 24 Mark und viermal 32 Mark, insgesamt 192 Mark, so daß er von den restlichen 108 Mark 10,80 Mark zu bezahlen hat. Bei einem Monatslohn von 1200 Mark sind die entsprechenden Beträge zweimal 192 Mark und viermal 108 Mark, insgesamt 800 Mark, verbleiben 400 Mark, die mit 40 Prozent besteuert werden.

## Der Fall Burg

Wo bleibt der Magistrat?

Uns wird geschrieben:

Im Morgenblatt der „Freiheit“ vom 15. v. M. haben wir das Treiben des Charlottenburger Schuldirektors Dr. Burg und seiner Anhängerschaft beleuchtet und die Notwendigkeit betont, daß die Schulaufsichtsbehörden endlich eine wirkliche Lösung des Falles herbeiführen. Von ihrer Seite ist inzwischen nichts gekommen. Die Freunde des Direktors haben dagegen eine neue Elternversammlung veranstaltet, die mehr oder minder ahnungslos einen ihr fertig vorgelegten Protest an das Staatsministerium gegen die zum 1. Oktober verfügte Verlegung des Direktors beschloßen hat. Außerdem wurden bei dieser Gelegenheit von den Drahtziehern dieser und früherer Kundgebungen weitere Wählerreize in der Presse, von denen Proben jüngst z. B. im „Total-Anzeiger“ zu lesen waren, und eine Aktion im Landtag angekündigt, für die man auf deutschnationale, völksparteiliche und demokratische Unterstützung rechnet. Borangegangen war dieser Versammlung eine Sitzung des Elternbeirats unter Teilnahme des Direktors!

Wir wissen nicht, ob die Dummheit oder die Dreifigkeit dieses Vorgehens erstaunlicher ist. Die vom Elternbeirat anfangs März zum Minister geschickte Deputation behauptet andauernd, nichts Kennenmerkes über die Verlegungen des Direktors erfahren zu haben. Dabei ist einem Mitglied dieser Deputation, dem Landgerichtsdirektor Jopp, der besonders eifrig für den Direktor wirkt, bereits in der 1. Elternversammlung (am 4. v. M.) das Geständnis entlockt, es sei amtlich festgestellt worden, daß der Direktor „objektiv und subjektiv die Unwahrheit gelagt“ hat! Das hindert die Leute aber nicht, die angeht die Tatsachen völlig unbegriffliche Einstellung des „Militärarztes“ gegen den Direktor als eine Freisprechung auszusprechen.

Herr Haenisch kann hier sehen, wenn er überhaupt in dieser Richtung etwas sehen will, wohin es führt, daß er bei einer internen Schulangelegenheit die Rücksicht auf die Parteifreunde des Herrn Burg hat normaler lassen, anstatt die Interessen der Schule voranzustellen. Weshalb hat er z. B. den Direktor, dessen Euphorie bei der Verfolgung seiner Ziele ihm wohl bekannt war, während der Unternehmung im Amt gelassen? Weshalb hat er die an ihn gerichteten eingehenden Besprechungen über die von dem Direktor vorläufig rückhaltlos ausgesprochenen Behauptungen, bei der er unwahre Behauptungen nicht scheute, einfach unberücksichtigt gelassen? Mit welchem Recht hat schließlich der Abgeordnete Otto, des Herrn Burg Parteigenosse und persönlicher Freund, der gleich manchem anderen ohne Kenntnis des Sachverhalts sich für den Direktor eingesetzt hat, schließlich bei der „Lösung“ der Frage die ausschlaggebende Rolle spielen und es bewirken können, daß ein Mann, dessen Dienstentlassung zu verfügen ist, ungehindert weiter amtiert?

Was von der Urteilsfähigkeit bzw. Gewissenhaftigkeit derjenigen zu halten ist, die angesichts solcher Vorkommnisse immer noch gegen die angebliche unperpetuelle Verlegung des Direktors Sturm laufen, bedarf keiner weiteren Erörterung. Die Rolle, die dieser Herr selbst bei dem zu seinen Gunsten in den letzten Tagen gespielt, charakterisiert ihn zur Genüge, selbst wenn er sich darauf beschränkte, es schweigend vor sich gehen zu lassen.

Herr Haenisch ist natürlich auch in diesem Falle der Kreis auf dem Dache. Darauf hat man ja auch das Protestgeschrei berechnet. Seit sechs Wochen erhält von der gleichen Seite aber auch der Ruf nach dem Eingreifen des Magistrats. Auch wir müssen sagen, daß die ganze Situation allerdings schleunige Schritte der Patronatsbehörde erfordert. Angesichts der schweren Beschuldigungen in der Presse, die der Direktor auf sich zu ziehen lassen und die durch das Geständnis des Landgerichtsdirektors eine einwandfreie Befähigung gefunden haben, erscheint es ausgeschlossen, daß einem so belasteten Mann die Leitung einer städtischen Schule länger überlassen bleibt. Hoffentlich findet der Magistrat umgehend Mittel und Wege, um das dem Herrn Dr. Burg zum Bewußtsein zu bringen.

## Eine überflüssige Mahnung

In der Besprechung des Aufrufs der Unabhängigen Sozialdemokratie meint das „Berliner Tageblatt“ u. a., man dürfe wohl die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie ermahnen, sich mit der Beschaffung neuen Wohnraums etwas intensiver als bisher zu beschäftigen. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung habe die demokratische Fraktion die größte Mühe, diese Dinge überhaupt zur Sprache zu bringen. Das ist eine durchaus überflüssige Mahnung. Die Unabhängigen Sozialdemokratie bildet die Stadtverordnetenversammlung von Berlin nicht allein, ihr kann man deshalb billigerweise nicht die Verantwortung darüber zuschieben, daß ein demokratischer Antrag bisher nicht zur Erledigung gelangte. Im übrigen darf doch wohl auch darauf hingewiesen werden, daß die Beschaffung neuen Wohnraums nicht allein von Berlin aus geregelt werden kann, sondern daß die Mittel zu ihrer Lösung in der Hauptsache vom Reich und Staat gestellt werden müssen. Dort aber sind es neben den übrigen bürgerlichen Parteien auch die Demokraten, die sich jeder wirklichen und sach-

gemäßen Förderung des Wohnungsbaues entgegenstellen. Und auch in Berlin sind es den Demokraten sehr nahestehende Personen und Kreise, die aus engherzigen, finanziellen Gesichtspunkten heraus bisher die Aufnahme des Wohnungsbaues in größerem Umfang verhindert haben.

Die Unabhängigen Sozialdemokratie aber wird sich sehr freuen, wenn sie bei ihrem Plan zur Bekämpfung der Wohnungsnot die Unterstützung der demokratischen Fraktion finden wird. Bisher war das nicht der Fall. Wir brauchen wohl nur an die Wohnungs-Luzifer zu denken, zu erinnern, die in jenen Kreisen den schärfsten Widerstand gefunden hat.

## R.A.P.D.-Geist

Moskau tritt für die Syndikalisten ein

Um den Eindruck zu verstärken, als sei es wirklich die ernste Absicht der Kommunisten, die Einheit der Gewerkschaften zu schonen, haben die Organisatoren der kommunistischen Zellen in den freien Gewerkschaften mit besonderem Fleiß einen Strich zwischen sich und den Arbeiterunions gezogen. Die Ablehnung syndikalistischer Methoden im Kampf und in der Organisation gehörte zu den beliebtesten Mitteln, um die Gewerkschaftsmitglieder über das wahre Wesen und die Wirkung der kommunistischen Zellenpropaganda zu täuschen. Nachdem die R. A. P. D. und mit ihr die syndikalistischen Arbeiterunions Aufnahme in die Moskauer Internationale gefunden hatten, klang diese Argumentation zwar weniger glaubhaft, aber dafür wurde sie mit um so größerer Betonung vorgetragen. Jetzt stellt sich heraus, daß man in Moskau das für nicht das mindeste Verständnis und gar nicht den Wunsch hat, die Spaltung der Gewerkschaften zu verhindern und die bereits abgesplitterten Unionen den großen Verbänden wieder zuzuführen. Ein Brief des Internationalen Rates der Gewerkschaften in Moskau, der an das Bureau des Provisorischen Internationalen Rates in Berlin gerichtet ist und den der „Vorwärts“ der sich für seine Richtigkeit verbürgt, abdruckt, kommt dieser Widerstand in der Gewerkschaftsfrage zwischen den Moskauer Herren und ihren Berliner Hausdienern unverkennbar zum Ausdruck. Der Brief ist vom 21. März 1921 datiert und lautet:

Wir sind im Besitze Ihrer beiden Protokolle, haben von dem Inhalt Kenntnis genommen und behalten uns vor, eventl. noch näher darauf einzugehen. Für heute jedoch folgendes:

In der „Roten Fahne“ vom 29. Januar Nr. 47 lesen wir in dem Bericht über eine Betriebsfraktionsvorsitzende-Versammlung in Berlin, daß der Referent ausführt: „Bei Wahlen in Betrieben dürfen wir unter keinen Umständen auch nicht mit Syndikalisten und B.D.-Leuten gemeinsame Listen aufstellen.“

Sind wir im Bilde, wenn wir annehmen, daß es die gesetzlichen Betriebsräte sind, worüber Sie sprechen? Dann bitten wir Sie, uns zu gleicher Zeit auszuführen, warum die Aufstellung von Listen gemeinsam mit Syndikalisten und B.D.-Leuten von der Gewerkschaftsbureaukratie als Strich für die Kommunisten benutzt werden? — Wir können uns von diesem für uns etwas komplizierten Zusammenhang kein richtiges Bild machen, um so weniger, weil etwas weiter von der Tätigkeit der Kommunisten in den Betrieben und in den Gewerkschaften zwecks Herstellung der „Einheitsfront“ die Rede ist.

Prüfen wir nun auch noch den Satz aus demselben Bericht: „Die syndikalistischen und die Betriebsorganisationen sind zu liquidieren“, dann haben wir einen Gedankenkomplex, in den wir uns ohne nähere Aufklärung nicht genau hineinfinden können. Daß man schon jetzt so weit gehen muß, von Liquidierung der Betriebsorganisationen zu sprechen? Und in Erweiterung dieser Frage: Liegen die Dinge nach Ihrer Meinung so, daß es dem Interesse des Kampfes der Arbeiter entsprechen würde, wenn diese Liquidation sofort verwirklicht wäre? Muß das Zusammenschließen aller wirtschaftlich organisierten und revolutionären Elemente als eine vollkommen verwerfliche Sache betrachtet werden, Ihrer Auffassung nach? Und müssen wir schließlich, daß Sie unter Einheitsfront nur noch die Einheitsfront mit den Mehrheitsorganisationen verstehen? Ist schließlich eine Einheitsfront nach der Richtung, die sich „links“ zu stehen glaubt, eine ausschließlichere Sache als die Einheitsfront nach „rechts“?

Wir möchten gerne bald Ihre Antwort haben — denn, wie Sie wissen, sind Unionisten bei unserem Rat angekommen und ist die ganze Frage der Gewerkschaften für uns eine sehr delicate; dabei die deutschen Verhältnisse von ausschlaggebender Bedeutung. Es ist selbstverständlich, daß Ihre Antwort sich nicht auf die obigen Fragen zu beschränken braucht und ruhig außerhalb des Rahmens der Fragen gehen kann; wir haben die Fragen nur so gestellt, um die Richtung, worin wir gerne Aufklärung haben möchten, anzudeuten.

Als Nachschrift wird dem Brief hinzugefügt:

P. S. Durch den Ueberbringer überleben wir Ihnen Geldmittel und bitten Sie, uns wöchentlich über Ihre Ausgaben telegraphisch mitzutellen, damit wir Ihnen die nötigen Mittel ohne Verzögerung leisten können.

Somit weiß die Welt endlich aktenmäßig, wofür Moskau zahlt. Nicht für die Propaganda einer Weltanschauung in den Gewerkschaften, wie bisher vorgeschlagen wurde, sondern für die Pflege und Erhaltung jener Organisationen, die ihre Absicht zur Abspaltung der Gewerkschaften bereits durch die Tat bewiesen haben. R. A. P. D.-Geist beherrscht mehr und mehr die Moskauer Internationale und ihren deutschen Ableger, wie in diesen letzten Wochen der Putschversuch bewiesen hat und wie dieser Brief aufs neue zeigt.

## Die Beerdigung Sglt

Die geistige Funktionärskonferenz der Städtischen Elektrizitätswerke Groß-Berlin beschloß nach eingehender Diskussion mit Mehrheit am Mittwoch, den 6. April, in einer 24-stündigen Sitzung unter Aufsichtnahme des wichtigsten Arbeitervereins (Krankenhäuser, Pumpenanlagen usw.) aus Anlaß der Beerdigung des Kollegen Obermaschinisten Wilhelm Sglt, Vorsitzender des Betriebsrates, einzutreten.

Der Bezirksverband der R. A. P. D. teilt folgendes mit:

Die Leiche des ermordeten Genossen Wilhelm Sglt wird am Mittwoch, den 6. April, vormittags, in der Bismarckstraße aufgebahrt. Die Trauerfeier findet vormittags um 11 Uhr statt. Außer den Angehörigen des Ermordeten erhalten Ausweisarten die Vertreter der Parteien, der städtischen Betriebe, sowie die Delegationen aus den übrigen Betrieben. Die Ausweisarten sind in Empfang zu nehmen Dienstag nachmittag 2-6 Uhr und Mittwoch vormittags 9-11 Uhr im Sekretariat in der Münzstraße 24. Die Spitze des Juges wird gebildet durch die Jugend. Es folgen Kranzdeputationen, darauf der Leichenzug, nach ihm die Angehörigen des Ermordeten, wieder Kranzdeputationen, die Arbeiter der Elektrizitätswerke, die übrigen städtischen Betriebe, die Mitglieder der R. A. P. D., die übrigen Betriebe bzw. Organisationen.

Die Aufstellung des Leichenzuges erfolgt in der Forderung der Prenzlauer Straße durch die Joststraße.



Groß-Berlin

Treffpunkte der Distrikte und Ortsgruppen zum Zeichenbegängnis von Ost

Die einzelnen Distrikte und Ortsgruppen, die am Mittwoch, den 6. April, am Zeichenbegängnis von Ost teilnehmen, treffen sich 10 Uhr mittags an folgenden Stellen:

- 1. Distrikt: Michaelkirchplatz. 2. Distrikt: Dennenwischplatz. 3. Distrikt: Büchertstr., Ecke Fontanepromenade. 4. Distrikt: Mariannenplatz. 5. Distrikt: Michaelkirchplatz. 6. Distrikt: Webermiese, Ecke Königsberger Str., Ecke Frankfurter Allee. 7. Distrikt: Ballenplatz. 8. Distrikt: Ballenplatz. 9. Distrikt: Königsstr. 10. Distrikt: Senefelderplatz. 11. Distrikt: Pappelplatz. 12. Distrikt: Helmholzplatz. 13. Distrikt: Ballenplatz. 14. Distrikt: Arminiusplatz. 15. Distrikt: Arminiusplatz. 16. Distrikt: Sparrplatz. 17. Distrikt: Leopoldplatz. 18. Distrikt: Hochstr., Ecke Radstr. (Humboldthain). Neudamm: Hermannplatz. Pichlerberg: Ringbahnhof Frankfurter Allee. Weißensee: Antonplatz. Prenzlauer Berg: Andreas-Hofer-Platz. Charlottenburg: Kleiner Stern (Tiergarten). Tempelhof: Mariendorf; Am Ringbahnhof Tempelhof. Schöneberg: Schwarzer Adler, Hauptstr.

Alle nichtangeführten Ortsgruppen sammeln sich auf der nächstgelegenen Berliner Sammelstelle. Alle Leiter der hier angeführten Distrikte und Ortsgruppen müssen heute bis 5 Uhr im Varietebureau, Breite Str. 8-9, Plakate abholen.

Stadtverordneten-Neuwahlen?

Nach Mitteilungen, die dieser Tage durch die Presse gingen, soll der Magistrat Vorlage treffen für den Fall, daß das Oberverwaltungsgericht dem Urteil des Bezirksausschusses beitreten würde. In diesem Zweck sind auch bereits Vorbesprechungen abgehalten worden.

Meiner Meinung nach kann das Oberverwaltungsgericht das Urteil des Bezirksausschusses gar nicht zu dem seinigen machen, denn es ist ein Fehlurteil, wie bei der Wahl nicht vorgekommen, lediglich sind Stimmzettel für ungültig erklärt worden, die später für gültig angesehen wurden und infolgedessen verschob sich auch die Mandatsverteilung.

Daraus kann kein vernünftiger Mensch einen Grund zu einer Ungültigkeitserklärung der gesamten Wahl herleiten. Selbst wenn aber wirklich eine andere Möglichkeit denkbar sein sollte, dann ist nicht einzusehen die Ehe, mit der die Sache betrieben wird. Im ungünstigsten Falle könnte eine Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung herauskommen. Dieses Ziel wird aller Wahrscheinlichkeit nach auf anderem Wege ohnehin herbeigeführt. Eine der ersten Arbeiten des preussischen Landtages wird die Schaffung einer Gemeindeverfassung sein, worunter sich zuerst die Städteordnung befindet. Nach Verabschiedung dieses Gesetzes sollen allenthalben Neuwahlen zu den Stadtverordneten-Versammlungen stattfinden. Und das ist im Laufe dieses Jahres bestimmt zu erwarten. Es genügt also vollkommen, wenn die Berliner Bevölkerung diesen Wahlakt vollzieht. Und wenn das Oberverwaltungsgericht seinen Termin hinauschiebt, dann hat niemand etwas verloren. Tut es das nicht, so hoffen wir, daß es das Fehlurteil des Bezirksausschusses aufheben wird.

Das Berliner Zentralamt für das Wohnungswesen

Die städtische Deputation für das Wohnungs- und Siedlungswesen hat, wie uns mitgeteilt wird, in ihrer gestrigen Sitzung bedeutungsvolle Beschlüsse über die einheitliche Regelung des gesamten Wohnungs- und Mieteinigungswesens in der Stadtgemeinde Berlin gefaßt. Die Leitung und Verwaltung des Wohnungswesens der Stadt Berlin wird ausschließlich von dem bei der Deputation für das Wohnungs- und Siedlungswesen gebildeten Ausschuss für das Wohnungswesen ausgeübt. Diesem wird als ausführendes Organ das Zentralamt für das Wohnungswesen unterstellt, das in zwei Abteilungen zerfällt: in die Zentrale der Wohnungsämter und die Zentrale der Mieteinigungsämter. Die Leitung und Verwaltung der Zentrale der Wohnungsämter liegt in den Händen eines Direktors. An der Spitze der Zentrale der Mieteinigungsämter steht ein juristischer Deputierter, der zugleich die Rechtsangelegenheiten des Zentralwohnungsamtes bearbeitet.

Die Zentrale der Wohnungsämter gibt den einzelnen Wohnungsämtern in den Bezirken die Richtlinien zur Durchführung der Wohnungsfürsorge, des Wohnungsnachweises und der Wohnungsbeschlagnahme, Wohnungsnachweis, Tausch und Ueberweisung von Wohnungsbedürftigen erfolgt auf Grund solcher Richtlinien durch die Wohnungsbezirksämter. Die Zentrale selbst übt nur die Verteilung und den Ausgleich der Wohnungsbedürftigen auf die verschiedenen Wohnungsbezirksämter aus; ihr liegt ferner die Beschaffung von Räumen für Bedoeten, fremde Missionen und dergl. ob. Die Bezirkswohnungsamter sind die ausführenden Organe für die von der Zentrale ausgehenden Richtlinien und Weisungen; sie sind ihr verantwortlich für die Durchführung der angeordneten Maßnahmen. Ihre innere Verwaltung gliedert sich in derselben Weise wie die der Zentrale in Unterabteilungen. Als Beschwerdestelle für die Bezirkswohnungsamter ist in jedem Bezirk eine Wohnungskommission vorgesehen, die vom Bezirksamt gemeinsam mit der Bezirksverwaltung gebildet wird. Diese Wohnungskommission prüft die eingehenden Gesuche der Wohnungsbedürftigen nach und erledigt sämtliche über das Bezirkswohnungsamter eingehenden Beschwerden als Gemeindebehörde endgültig. Eine weitere Beschwerde oder Berufung an das Zentralwohnungsamter ist damit nicht gegeben; es tritt dann nur noch der Oberpräsident als staatliche Aufsichtsinstanz hinzu. Nach drückendem Bedarf können in den Bezirken Zweigstellen des Zentralwohnungsamtes eingerichtet werden, die nach den Anweisungen des Zentralwohnungsamtes und des zuständigen Bezirkswohnungsamtes zu arbeiten haben.

Diese Organisation ist sehr nett; nur müht sie in der Praxis herab zu wenig. Unsere Wohnungsämter erfüllen heute nicht einmal die minimalsten Anforderungen, nämlich das vergrößerte Publikum in sachlicher Weise aufzuklären. Wohnungen können so gut wie nicht vermittelt werden, und darauf kommt es an. Die allerbeste Organisation ist keinen Pfifferling wert, wenn nicht zugleich Wohntäume vermittelt werden können.

Das Ergebnis der Kinderhilfsammlung

Es wird mitgeteilt, daß die Kinderhilfswoche und -wochen ein Gesamtergebnis von etwa 50 Millionen Mark gebracht hätten. Schätzungswerte haben die Sammlungen u. a. ergeben in Berlin 10 850 000 M., Brandenburg 1 000 000 M., Rheinprovinz 5 000 000 M., Westfalen 1 500 000 M., Hannover 1 700 000 M., Sachsen 1 000 000 M., Pomern 500 000 M., Ostpreußen 500 000 M., Schlesien 1 000 000 M., Bayern 4 000 000 M., Sachsen 3 000 000 M., Baden 2 000 000 M., Württemberg 2 500 000 M., Bremen 3 000 000 M., Hamburg 400 000 M.

Hierzu kommt eine Spende der deutschen Schokoladenindustrie, die unter ihren Mitgliedsfirmen eine Umlage veranfaßt und 175 000 Kilogramm geräucherter Schokoladenpulvers, im Werte von etwa 6 300 000 M., zur Verfügung gestellt hat. Die Verteilung des Sammelergebnisses liegt in den Händen der einzelnen Orts-, Provinz- und Landesauschüsse. Der Reichsausschuss wird demnächst mit Vertretern der Länder und Provinzen feststellen, wie die Mittel des Reichsausgleichsfonds zu verwenden sind. Ein sehr erheblicher Betrag wird zentralen Einrichtungen für Kindererziehung an die See und ins Gebirge zugute kommen. Ferner sind mit besonderen Zurechnungen zu bedenken die Ostpreußengebiete in Ober- und Mittelschlesien, Ruhr- und Saargebiet, Sachsen und Thüringen.

50 Millionen Mark hört sich wunderbar groß an, bedeutet aber angesichts der Fälle des Elends einen Tropfen auf den heißen Stein. Man wird sehr gewissenhaft prüfen müssen, daß die Gelder auch wirklich den leidenden Kindern zugute kommen und ihren Zweck erfüllen.

Der kaufmännische Beruf

Tausende Proletarierkinder suchen in den nächsten Tagen einen Lebensberuf. Sie werden in die kapitalistische Wirtschaft eingegliedert und müssen nun, wie ihre Eltern, ebenfalls in die „Trennmühle“ gehen. Vor allem wünschen die Eltern, daß ihre Kinder es leichter haben als sie selbst und es zu etwas bringen. Man findet sehr häufig in Arbeiterkreisen die Meinung vertreten, daß die Kinder nur den kaufmännischen Beruf zu ergreifen brauchen, um etwas „Besseres“ zu werden. Dabei spricht immer noch die Vorstellung in den Köpfen, daß der kaufmännische Angestellte, der einen Stiefstrahl trägt, kein Proletarier sei.

Diese Meinung ist falsch. Der kaufmännische Beruf ist ebenso ein Glied in der Kette der heutigen Wirtschaftswirtschaft wie der Beruf eines Handarbeiters. Auch der kaufmännische Angestellte ist ein Lohnarbeiter, der mit geringem Lohn bezahlt wird und den dieselben Schranken hemmen, die dem Proletarier überall gestellt sind.

Etwas besonderes Gutes glauben die Eltern ihrem Kind anzutun, wenn sie es in die kaufmännische Lehre geben. Dabei ist es unter den heutigen Verhältnissen ein Glücksfall, wenn die Lehre die Kenntnisse vermittelt, die sie vermitteln soll; denn auch im

kaufmännischen Betriebe ist die Mechanisierung und die Spezialisierung soweit fortgeschritten, daß in den meisten Fällen der Lehrling nur einseitig ausgebildet wird. Er leistet in Wirklichkeit die Arbeit eines jugendlichen Angestellten. Er ist aber für den Chef eine billige Arbeitskraft und ist auf mehrere Jahre verpflichtet, jede Arbeit, die ihm aufgetragen wird, wenn sie im Rahmen der Ausbildung liegt, auszuführen. Aus vielen Beispielen greifen wir eins heraus:

Einige Warenhäuser stellen dauernd sogenannte Kassamädchen ein, die sich durch einen Vertrag auf 2 Jahre der Firma verpflichten müssen. Die Eltern glauben, wenn sie ihr Kind als Kassamädchen in einem Warenhaus untergebracht haben, dann hat es Aussicht, die Kassaführung zu erlernen und späterhin eine angesehenere Stellung zu bekleiden. Tatsächlich aber werden diese jungen Mädchen damit beschäftigt, die Ware zur Kasse zu tragen. Wenn sie das zwei Jahre getan haben, dann können sie gehen; nur wenige werden von der Firma weiterbeschäftigt. Die Firma hat billige Arbeitskräfte, die auf zwei Jahre verpflichtet waren, und die Mädchen haben nicht viel mehr gelernt, als die Ware zur Kasse zu bringen.

Solche Fälle von sogenannten Lehrstellen gibt es Tausende. Wenn deshalb Eltern ihr Kind überhaupt in die kaufmännische Lehre geben wollen, so sollten sie vorher genaue Erkundigungen einziehen. Dafür kommt an erster Stelle die freigewerkschaftliche Organisation der Kaufleute, der Zentralverband der Angestellten (Velle-Vollst. S. 7-10), in Betracht. Die Eltern sollten es sich zur Pflicht machen, ihre Kinder nur dann in Lehrstellen zu bringen, wenn sie vorher beim Zentralverband nachgefragt haben. Sie erhalten dort genaue Auskünfte und können auch über die Abfassung von Lehrverträgen Rat einholen.

Wie der Handarbeiter es für seine Pflicht ansieht, gewerkschaftlich organisiert zu sein, und wie er seinen Sohn oder seine Tochter, falls diese einen ähnlichen Beruf ergreifen, auf die Organisation hinweist, so muß auch der kaufmännische Lehrling und jugendliche Angestellte dem Zentralverband der Angestellten beitreten; denn im kaufmännischen Beruf ist der junge Angestellte der Willkür des Unternehmers mit Haut und Haaren ausgeliefert, wenn er nicht eine große Organisation hinter sich hat!

Die Einführung der bekümmerten Bezirksamtmitglieder im Stadtbezirk 4 (Prenzlauer Tor) fand am Sonnabend abend statt. Herr Oberbürgermeister Böck führte als Bürgermeister den Genossen Paul John ein. In seiner Ansprache betonte er die schwere Aufgabe, die aus dem Aufbau der Bezirksämter im alten Berlin erwachse. Berlin mache im allgemeinen eine schwere Zeit durch. Doch lebe er der zuverlässigen Hoffnung, daß alle Schwierigkeiten in kurzem überwunden sein werden. Das Berliner Gemeinwesen sei unverwundlich und im Grunde kerngesund. Genosse John behauptete in seiner Erwiderung u. a., daß die gewählten befohlenen Stadträte keine Befähigung gefunden haben. Er könne — was auch die Ursache der Nichtbefähigung sein möge — von allen Parteien des Bezirkes Prenzlauer Tor sagen, daß sie bei ihren Vorschlägen sich sorgfältigster Prüfung befleißigt haben. Alle Wahlen seien denn auch beinahe einstimmig zustande gekommen. Der Schwierigkeit der Aufgabe seien sich alle Beteiligten wohl bewußt gewesen. Er selbst hätte sich wohl überlegt, den Posten zu übernehmen, wenn ihm nicht die Kenntnis der kommunalen Verhältnisse und der Bevölkerungsverhältnisse im Bezirke aus langjähriger Erfahrung in seiner kommunalen Tätigkeit zugute käme. Nichtsdestoweniger hofften alle im Saale Anwesenden auf die Hilfe der großen Mutter Berlin beim Aufbau des neuen Bezirksamtes. Genosse Paul John führte dann seinerseits die nicht befohlenen Stadträte ein. Die Versammlung protestierte dann noch gegen die Nichtbefähigung der befohlenen Stadträte. Für unsere Fraktion sprach dazu der Genosse Knope. Ein Ausschuss soll die neuen Vorschläge zum Bezirksamt vorbereiten. Bei der Ernennung der Mitglieder zu diesem Ausschuss gab der Vorsitzende Genosse Böck bekannt, daß sich die Demokraten, das Zentrum und die Volkspartei zu einer „Fraktion der Mitte“ zusammengeschlossen haben. Die Deutschnationalen im Bezirk sind jetzt glänzend isoliert.

19. Verwaltungsbezirk. Am Freitag sagte die Bezirksversammlung, Gleich bei dem ersten Punkt der Tagesordnung, Erziehung des Bezirksverordnetenvorstehers, lebte die alte Freundschaft zwischen der S. P. D. und den bürgerlichen Parteien von neuem auf, ihr Kandidat konnte mit ganzen 2 Stimmen Mehrheit den Präsidentenstuhl besetzen. Der neue Vorsitzende fühlte sich daher auch verpflichtet, den Herren der Rechten seinen besonderen Dank auszusprechen und gab dabei der Hoffnung Ausdruck, daß an diesem Freundschaftsverhältnis auch für spätere Zeiten nichts getrübt wird. Hoffentlich begreifen die Wähler dieser Arbeitervertreter, wofür der Kurs geht! Bei der Behandlung des nächsten Punktes betriebe die S. P. D. im Bezirk mit der A. K. P. D. die Kirchturnspolizei der alten Gemeindevertretungen. Eine brauchbare Arbeit wird nur dann erst möglich sein, wenn die Zentralisation der Verwaltungen durch-

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript übertragen von Helmut Zuehlke Copyright by Der Volk-Verlag Berlin-Görlitz 1921

(12. Fortsetzung) (Nachdruck verboten)

24.

Peter suchte Andrews, den Advokaten, auf, erklärte ihm, er suche nach einer Beschäftigung, wolle bei der Verteidigung mitarbeiten. So kam er in das Bureau des Verteidigungskomitees. Hier wurde den ganzen Tag über der Fall besprochen, und er konnte allerlei Wichtiges in Erfahrung bringen. Er machte sich beliebt, erwarb sich Freunde, nach kurzer Zeit war er intim mit dem wertvollsten Entlastungszeugen und entdeckte, der Mann sei einmal in eine Scheidungsaffäre verwickelt gewesen. Peter erfuhr auch den Namen der Frau, und Guffey arbeitete darauf hin, sie nach American-City zu bringen. Die Angelegenheit wurde gewandt erledigt, ohne daß die Frau etwas davon merkte. Sie würde eine kleine Erholungsreise machen, die alte Liebe vielleicht wieder aufflammen, und der beste Entlastungszeuge war erledigt. „Es gibt immer etwas, bei dem man die Leute packen kann“, sagte Mc Givney, und zahlte Peter bereitwillig fünfshundert Dollars für die Information.

Peter hätte unglücklich glücklich sein können, doch besiel ihn gerade jetzt furchtbares Unheil. Jennie hatte in der letzten Zeit immer öfter vom Heiraten gesprochen, und nun gefand sie ihm einen Grund, der eine Heirat unbedingt notwendig machte. Sie gestand ihm mit gesenkten Augen, errötend, zitternd, und Peter war demohnen bestürzt, daß er nicht die Rolle zu spielen vermöchte, in der Jennie ihn zu sehen erwartete. Bisher hatte er bei jeder Aeußerung des Liebeschmerzes Jennie in die Arme genommen und getröstet, jetzt jedoch ließ er einen Augenblick seine wahren Gefühle sehen.

Jennie wurde sofort hysterisch. Was sei mit ihm geschehen? Wollte er sie denn nicht heiraten, wie er es unzählige Male versprochen habe? Er müsse doch einsehen, daß sie nicht mehr länger warten dürften? Peter, der noch nie mit einer hysterischen Frau zu tun gehabt hatte, verlor völlig den Kopf, wußte nichts anderes zu tun, als seinen Hut zu nehmen, aus dem Hause zu laufen, hinter sich bröhnend die Tür zuzuschlagen.

Je mehr er die Sache überdachte, desto genauer sah er, daß er sich in einer äußerst peinlichen Lage befand. Als Angestellter des Trusts hatte er verneint, vor jeder Verantwortung sicher zu sein, hier jedoch war eine Angelegenheit, bei der ihn die Mächtigen der Stadt kaum zu schützen vermögen würden. Oder konnten sie die Sache so regeln, daß er jetzt das Mädchen heiratet und sich dann später einfach aus dem Staube macht?

Peter war derart bekümmert, daß er Guffeys Bureau anstehphonieren und nach Mc Givney fragen mußte. Dies war äußerst gefährlich, denn die Telephongespräche wurden überwacht, es war möglich, daß das Verteidigungskomitee dies auch seinerseits tat. Doch mußte Peter es wagen, hat Mc Givney, ihn an der gewohnten Stelle zu treffen. Da sie zusammenkamen, besprachen sie die Angelegenheit, und Peters ärgste Angst wurde bestätigt. Mc Givney, der Rattengefährte, lachte ihm ins Gesicht, fand die ganze Sache derart drollig, daß er erst zu lachen aufhörte, als er bemerkte, sein Spion werde wütend.

„Was ist dabei komisch?“ fragte Peter. „Wenn ich ruiniert bin, wer wird Ihnen Informationen verschaffen?“

„Aber du lieber Gott, weshalb haben Sie sich denn so ein Mädchen ausgesucht?“

„Ich mußte nehmen, was ich fand. Außerdem sind alle Mädchen gleich, es gibt mit ihnen stets ein Unglück, dagegen läßt sich nichts machen.“

„Natürlich läßt sich etwas dagegen tun. Weshalb sind Sie nicht schon längst zu mir gekommen? Wenn Sie ihr die Ehe versprochen haben, so ist das Ihre eigene Angelegenheit, geht mich gar nichts an.“

Sie redeten hin und her. Der rattengefährte Mann erklärte, es sei für Peter unmöglich, Jennie auf eine Art zu heiraten, daß die Ehe ungültig sei. Auf diese Art würde er nur Unannehmlichkeiten haben und als Spion unbrauchbar werden. Er müsse dem Mädchen Geld geben, sie zu einem Arzt schicken, Mc Givney werde ihm die Adresse verschaffen.

„Ja, aber was soll ich ihr denn sagen?“ rief Peter. „Welchen Grund angeben, daß ich sie nicht heiraten will?“

„Erfinden Sie etwas. Sie könnten doch schon eine Frau haben.“ Und als Peter ihn verblüfft anstarrte: „Das ist das einfachste. Ich kann Ihnen sogar eine Frau verschaffen. Aber dies wird gar nicht nötig sein. Erzählen Sie dem Mädchen irgend eine traurige Geschichte: Sie haben eine Frau, glauben, sich ihrer entledigen zu können, doch geht dies jetzt nicht. Ihre Frau hat erfahren, was sich zuggetragen hat, verz-

sucht es mit Erpressungen. Machen Sie die Sache so, daß das Mädchen wegen des Goover-Falles schweigen muß. Ist sie ehrlich überzeugt, so wird sie Sie nicht kompromittieren wollen, wird die Sache sogar vor ihrer Schwester verheimlichen.“

Peter widersteht dieser Plan an; er sah im Geist die kleine Jennie weinend auf dem Sofa liegen und fürchtete die lange gefühlvolle Szene, die ihm bevorstand. Doch konnte er ihr nicht entgegen, mußte sich sogar beeilen, die Angelegenheit zu erledigen, bevor Sadie aus der Arbeit kam, sonst konnte es zu spät sein.

25.

Peter eilte ins Heim der Todds zurück und fand die kleine Jennie bloß und schlafend auf dem Bett liegen. Man hätte glauben können, sie müßte ihre Gefühle bereits verbraucht haben, — doch hat eine Frau stets noch Gefühle übrig. Als Peter mit dem demütigen Bekenntnis, er habe bereits eine Frau, herausrückte, sprang die kleine Jennie mit einem Schrei vom Bett und starrte ihn an wie ein verrückter Geist. Peter versuchte zu erklären, es sei nicht seine Schuld, er habe geglaubt, er werde jeden Tag frei werden können. Aber Jennie rang die Hände und schrie: „Du hast mich betrogen! Du hast mich betrogen!“ Es war wie eine Szene im Kino.

Peter wollte ihre Hand ergreifen, ihr alles erklären, sie jedoch riß sich los, lief ans entgegengelegte Ende des Zimmers, stierte ihn an wie ein wildes Tier, das er gestellt hatte und nun zu töten gedachte. Sie machte soniel Lärm, daß er fürchtete, die Nachbarn würden kommen. Er erklärte ihr, wenn die Sache allgemein bekannt würde, so wäre er als Zeuge im Prozeß völlig entwertet und sie könnte die Schuld tragen, wenn Jim Goover an den Galgen käme.

Daraufhin schwieg Jennie, und Peter vermochte zu sprechen. Er erzählte ihr die Intrigen der anderen Seite: Man habe ihm zehntausend Dollars angeboten, wenn er Goover verraten wolle. Da er dies empört zurückgewiesen habe, versuche man nun mit Hilfe seiner Frau Erpressungen. Irrendwie hatten die Feinde entdeckt, er sei in eine Liebeslei verstrickt, und wollten dies nun gegen ihn anwenden.

Jennie gestattete Peter nicht, sie anzurühren, doch setzte sie sich und hörte ihn an. Auf seinen Fall, meinte sie, dürfe der Goover-Sache geschadet werden. Peter habe ihr ein großes Unrecht angetan, aber sie sei bereit, dafür zu leiden, würde ihn nie öffentlich beschämen.

(Fortsetzung folgt.)

geführt ist. Daher konnte die Fraktion der U. S. P. D. der Vorlage des Beschlusses zustimmen, von einer Einteilung des Verwaltungsbezirks in Ortsbezirke Abstand zu nehmen. Die nachfolgenden Punkte konnten schnell erledigt werden, da es sich lediglich um die Wahl von Kommissionen bzw. Ausschüssen handelte.

**Presse-Kommission.** Nächste Sitzung am Mittwoch, den 6. April, punktlich 6 1/2 Uhr, Breite Str. 8-9. Kein Vertreter darf in dieser wichtigen Sitzung fehlen.

**Zwei Stadtratsordnungs-Versammlungen** finden in dieser Woche statt: eine am Dienstag, die zweite am Donnerstag. Die Dienstag-Sitzung ist ausschließlich der Beratung der vielen vorliegenden Initiativanträge gewidmet.

**Neue Stadtratsordnungen.** An Stelle des zum Stadtrat im 12. Verwaltungsbezirk (Schöneberg) gewählten Stadtratsordnungs Dr. Karl Schneider hat der ehemalige Ministerialdirektor Prof. Dr. Kirchner das Mandat der Deutschnationalen Volkspartei im roten Hause übernommen und an Stelle der Stadträtin Frau Elsie Deutsch, die jetzt Mitglied des Magistrats ist, ist nun der Oberreichsanwalt a. D. Hans Dethleffen, Charlottenburg, getreten, der ebenfalls der Deutschnationalen Volkspartei angehört. Für den zum Stadtrat in Berlin-Mitte gewählten Stadtr. Eilers vom Zentrum hat der Justizminister Friedrich Lange das Mandat der Zentrumspartei übernommen.

**Eröffnung eines Jugend-Schwachsinngheims.** Das Jugendamt eröffnet nach Zustimmung der hiesigen Behörden und Bewilligung der notwendigen Mittel in Lichtentrade ein Heim für arbeitsfähige geistig schwache Jünglinge und junge Männer, die in der Deffektivität nicht oder nur sehr schwer erwerbsfähig werden. Ein vom Erziehungs- und Fürsorgeverein leitete vielen Jahren erstrebtes Ziel ist damit erreicht. Viele Eltern solcher Kinder werden die drückendste Sorge wegen Zukunft und späteren Ergehens ihrer Kinder schwinden lassen, haben doch schon viele wider besseres Empfinden und Wollen ihr arbeitsfähiges und durchaus nicht geisteskrankes Kind der Irrenanstalt überweisen müssen, weil keine andere Unterbringungsmöglichkeit vorhanden war. Das Jugendamt will das erziehende Heim nicht schablonenmäßig, sondern seinen Bedürfnissen entsprechend ausgestalten. Es ist als Heim gedacht, das den jungen Menschen das Zuhause möglichst erleben soll, und als Arbeitsgemeinschaft, deren Ertrag zur teilweisen Deckung der Kosten Verwendung finden wird. Heimische Familienstimmung und den Kräfte angepasste Betätigung für die Gemeinschaft sollen in diesem Heime herrschen. Das Jugendamt ist bemüht, das für diese Zwecke geeignete Personal ausfindig zu machen. Die jungen Leute werden mit Gartenarbeit, Gemüsebau, Obstbau, Viehwirtschaft und leichter handwerklicher Tätigkeit beschäftigt werden. Es werden völlig Bedürftige unentgeltlich, Wohlhabendere gegen Zahlung eines Pflegegeldes Aufnahme finden. Auch die Möglichkeit eines Einkaufes auf Lebenszeit wird voraussichtlich gegeben sein. Meldungen sind schriftlich an das Jugendfürsorgeamt, Berlin, Oranienstr. 89, zu richten.

**Zur Gründung einer leistungsfähigen Musikkapelle** für die U. S. P. D., Bezirk Berlin, wollen sich Genossen, die nachstehende Instrumente voll beherrschen können, beim Genossen G. Helfensteller, Berlin N 4, Vorfigstr. 13, 1. Tr., sofort zur weiteren Besprechung melden. Folgende Stimmen sind erforderlich: 2 A-Bassons, 2 B-Trompeten, 2 Es-Trompeten, 2 Tenorhörner, 1 Bariton, 2 Fagotten, 2 Waldhörner, 1 B-Tuba, 1 Flügel, 1 Es-Klarinette, 3 B-Klarinetten, 1 große und 1 kleine Trommel. Eigene Instrumente Bedingung! — Die Kapelle soll nicht Erwerbszwecken dienen, sondern bei Partieveranstaltungen mitwirken.

**Gefälschte Einkommensteuermarken.** Ein weitverbreitetes Missetatenglied, dessen Mitglieder sich u. a. auch mit der Herstellung solcher Einkommensteuermarken befassen, wurde, wie wir kürzlich berichteten, von der Kriminalpolizei entdeckt und festgenommen. Bei der Fällung von Einkommensteuermarken handelt es sich insbesondere um solche zum Nominalwert von 20 Mark, aber auch Steuermarken zu 10 Mark hatten die Fälscher, wenn auch nicht in ebenso großem Umfange, angefertigt und verbreitet. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei haben nun ergeben, daß die falschen Einkommensteuermarken in großem Umfange vertrieben worden sind. Als Abnehmer kamen insbesondere Inhaber kleinerer Firmen, namentlich aber auch Angestellte großer Geschäftsbüro in Frage, die mit der Lohnzahlung und Bearbeitung des Steuerabzuges betraut waren. Diese Angestellten haben die Marken zu einem entsprechend billigeren Preise erworben, sich aber natürlich von der Firma den Nominalwert zahlen lassen und dadurch zum Teil erhebliche Gewinne erzielt. Die Kriminalpolizei leitet ihre Ermittlungen nach gefälschten Einkommensteuermarken seit geraumer Zeit in der Weise fort, daß die Steuerarten daraufhin einer entsprechenden Durchsicht unterzogen werden. Zahlreiche Firmen sind bereits festgesetzt, in deren Steuerarten falsche Einkommensteuermarken verwendet wurden. Um zu verhindern, daß Arbeitgebern aus der unrechtmäßigen Verwendung falscher Steuermarken Nachteile entstehen, empfiehlt es sich, daß die Firmen und Arbeitgeber die Steuerarten selbst auf ihre Echtheit nachprüfen und gegebenenfalls freiwillig und unverzüglich der zuständigen Kriminalpolizeistellen Dienststelle, Kriminalkommissar Gennat, Zimmer 105, Hausanschl. 428, entsprechend Mitteilung machen. Die falschen Marken sind auf echtem Wasserzeichenpapier hergestellt, unterscheiden sich von den echten Marken aber vor allen Dingen durch die Art der Verforierung. Während die echten Marken 21 Verforierungsstellen an der Längsseite aufweisen, sind es bei den falschen nur 17 oder 18. Außerdem ist bei den falschen Marken der Druck meistens verschwommen. So ist z. B. bei der 20-Mark-Marke der gelbe Untergrund um die Zahl herum zum Teil mit weichen Flecken durchsetzt.

**Munitionslager beim Hefefangen.** Gestern vormittag handelte der 55 Jahre alte Arbeiter Johann P. einer Streife der Schutzpolizei in Spandau eine Originalliste mit Sprengstoffen für Eisenhandgranaten aus, die eine Länge von 15 Zentimeter und eine Höhe von 10 Zentimeter hat. Er gab an, daß die Liste beim Fischen im Südhafen vor dem Verladepfad der Firma Kurt Thomas, vormals W. Degenhardt, Expeditions-Wasserumschlagsverkehr, in Spandau, aus dem Wasser gezogen worden sei. Die Kriminalpolizei ist mit der Prüfung der Angelegenheit beschäftigt.

**Ein großer Rollen Salvarian** wurde durch die Dienststelle B. S. 20 des Berliner Polizeipräsidiums beschlagnahmt. Die Kriminalpolizei hatte erfahren, daß ein junger Mann Abnehmer für größere Rollen Salvarian suchte. Dieser hatte auch einen Käufer für ein Kilogramm, das er für 13 000 M. liefern wollte, gefunden. Das Geschäft wurde in einem Kaffeehaus abgeschlossen und dabei dem Käufer von dem jungen Manne bedeutet, daß er noch mehr, eventl. sogar 10 Kilogramm, des wertvollen Heilmittels haben könne. Weitere Nachforschungen ergaben, daß der junge Salvarianhändler in Verbindung mit zwei Apothekern und einem Arzte stand. Bei der Durchsichtigung der Privatwohnung eines Apothekers im Westen der Stadt wurden nicht weniger als 24 000 Ampullen Salvarian gefunden und beschlagnahmt.

**Im Nieselgraben ertrunken.** In einem Nieselgraben bei Buchholz wurde gestern die Leiche einer noch unbekanntem Frau gefunden. Offenbar hat sich die Frau verlaufen, ist in den Graben gefallen und hat dann ihren Tod gefunden. Die Unbekannte ist etwa 60 Jahre alt und 1,55 Meter groß, hat blondes, melleres Haar, blaue Augen und ein falsches Gebiß und trug einen schwarzen Stoffhut mit weißer Schleife, einen grauen, gestreiften Mantel, eine schwarze Bluse und schwarze Schnürschuhe. Ihr Taschentuch ist J. R. gezeichnet. — Am Kottbuser Ufer wurde die Leiche eines etwa 19 bis 22 Jahre alten Mädchens gelandet. Es liegt offenbar Selbstmord vor. Die Leiche hat schon längere Zeit im Wasser gelegen. Wer die Tote ist, ließ sich noch nicht feststellen. Die Unbekannte ist 1,58 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und trug einen braunen Mantel, ein graues Mantelkleid mit blauen Aufschlägen. Die Leiche befindet sich im Schauhaus.

**Cheragodie in Steglitz.** Der 37 Jahre alte Gemeindeführer Max Westphal erschick sich in seiner Wohnung in der Schöneberger Straße in Steglitz. Seine Frau wurde in Schukhaft genommen, da sie die Wäsche äußerte, ebenfalls ihrem Leben ein Ende zu machen. Zwistigkeiten zwischen dem Ehegatten sollen die Veranlassung zu der Tat bilden.

## Gewerkschaftliches

### Korruptionsversuche gegenüber Betriebsräten

Das Betriebsrätegesetz wurde mit Arbeiterleichen (13. 1. 20) eingeleitet, und die Unternehmer prophezeiten, daß dies Gesetz zum Ruin der Arbeiter führen werde! Demgegenüber erinnern wir an das Urteil eines praktischen Industriellen, eines gewissen Leiters eines bedeutenden Unternehmens in der Fertigungsindustrie, des Professors Dr. Friedrich Dörsner, der in der „Frankfurter Zeitung“ vom 18. Februar 1921 in einem „Die Zeit der Ausdauer“ überschriebenen Aufsatz erklärt, daß „das Betriebsrätegesetz ein guter Anfang war“. „Von den prophezierten katastrophalen Wirkungen ist nicht viel bekannt geworden, wohl aber hat der Arbeitsschied in den Werken gewonnen. Die Leistung liegt.“ Nichtsdestoweniger versuchen aber öfter die Unternehmer, das Betriebsrätegesetz zu umgehen und Betriebsräte auf die eine oder andere Weise zu korrumpieren. So mag daran erinnert werden, daß die Daimler-Motoren-Gesellschaft in Untertürkheim sich vor Jahresfrist von den Arbeiterräten beschleunigen ließ, daß sie übernommene Kontraktarbeiten nicht ausführen könne, denn sonst würde sie mit Verlust arbeiten! — Selbst das „Berliner Tageblatt“ kritisierte scharf in einem längeren Aufsatz diese Methode und erklärte, daß es eigenartig erscheint, sich einmal in so liebevoller Weise der Arbeiterräte zu bedienen. Und eben lesen wir im Mittelteil des „Freien Gewerkschaften in Düsseldorf“ in der Nr. 13 von neuen Korruptionsversuchen, die man an Betriebsräten versucht auszuüben. Wir geben im Wortlaut Folgendes wieder:

**Drei der Handlung: ein großes Werk in Gelsenkirchen.** Personen: Obmann des Betriebsrates und der sogenannte Betriebsräte-Rechtsanwalt.

**Rechtsanwalt:** Ich habe mit der Direktion Rücksprache genommen wegen der Erstattung der Ausgaben, welche Sie als Betriebsrat haben. Die Direktion ist bereit, Ihnen in weitgehendem Maße entgegenzukommen. Sie brauchen nur monatlich oder vierteljährlich die Rechnung auszustellen. Da brauchen Sie nicht jede einzelne Ausgabe anzugeben, nein, Sie brauchen nur alles in allem anzugeben, was Sie in Ihrer Eigenschaft als Betriebsrat auszugeben haben. Die Direktion ist gar nicht kleinlich. Sie können sich zum Beispiel mal die Höhe zerreihen, diese Höhe wird Ihnen die Firma ohne weiteres ersetzen. Sie verstehen mich ja, wie dieses gemeint ist. Die Firma will in jeder Weise dem Betriebsrat entgegenkommen. Kommentar überflüssig.

**Ein anderer Fall:** Ein Betriebsratsmitglied kommt zur Direktion: „Herr Direktor, ich muß unbedingt 200 Mark Vorshuß haben.“ Direktor: „Ah, was, Vorshuß. So kommen Sie ja niemals aus dem Dreck heraus! Stellen Sie einen Antrag auf Unterstützung, sagen Sie, wieviel Sie brauchen. Es wird Ihnen bewilligt.“

**Ebenfalls Kommentar überflüssig.**

Die Betriebsräte können so viel Geld bekommen wie sie wollen, wenn... Glücklicherweise ist die Arbeitererschaft noch nicht so korrumpiert, daß sie auf derartige Leimruten hereinfällt. Oder? —

An der Wachsamkeit der Arbeiter wird es liegen, daß einzelnen „zugänglichen“ Elementen, die als Betriebsräte das Vertrauen ihrer Kameraden mißbrauchen, rechtzeitig das Handwerk gelegt wird. Das politische Reinheitsgefühl muß so stark entwickelt und Gemeingut aller Arbeiter werden, daß jegliche Korruptionsversuche scheitern müssen. Zu verlangen ist auch, daß solche Korruptionsversuche seitens der Unternehmer auf Grund des Strafgesetzbuchs schärfstens geahndet und verurteilt werden müssen.

### Sozialversicherungsangestellte gebt acht!

In der „Rheinischen Zeitung“, Köln, befand sich vor einiger Zeit eine Berichterstattung folgenden Inhalts:

#### „Gewerkschaftsbund der Sozialversicherungsbeamten.“

Um das Beamtenrecht aller an der Verwaltung und Ausführung der deutschen Sozialversicherung beteiligten Beamten zu fördern und einheitlich zu gestalten und um bei der Reform der deutschen Sozialversicherung in angemessener Weise tatkräftig mitwirken zu können, haben die Berufsverbände der deutschen Sozialversicherung die Gründung eines Gewerkschaftsbundes der Beamten der deutschen Sozialversicherung beschlossen. Der Sitz der Geschäftsleitung ist vorläufig Berlin-Steglitz, Althoffstr. 20, 2. Etage.

Wir machen die freigewerkschaftlich organisierten Mitglieder der Sozialversicherungsträger darauf aufmerksam, daß dieser Gewerkschaftsbund der Sozialversicherungsbeamten vom Verband der Beamten und Angestellten der Reichsanwaltschaft und dem Bund deutscher Krankenkassenbeamten gegründet worden ist mit der Absicht, die Bestrebungen, die Angestellten der Sozialversicherungsträger (Berufsgenossenschafts- und Krankenkassenangestellte) entgegen dem Willen der großen Mehrheit dieser Berufsgruppen zu Beamten zu machen, weiter verfolgen zu können. Beide Verbände, die weder dem Afa-Bund noch dem AII-gemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angehören, sind gelbe Gebilde und können niemals in wirksamer Weise die Interessen der Angestellten der Sozialversicherung vertreten.

### Eisenbahner-Betriebsratswahlen

Der „Deutsche Eisenbahner“, das Organ des Eisenbahner-Verbandes, teilt in Nr. 14 mit, daß Anfangs nächsten Monats die Neuwahlen der Betriebsräte vor sich gehen werden. Es wird zum Wahlkampf aufgerufen: „Treffst sofort alle Vorbereitungen, um die Wahl zu einem durchschlagenden Erfolg für den Deutschen Eisenbahner-Verband zu gestalten!“

Unsere Genossen unter den Eisenbahnern müssen nun die Zeit bis zur Wahl festes ausnützen, um allen Feindstücken Moskauer Güte ebenso energisch wie gründlich das Handwerk zu legen. Und wir schließen uns dem Aufrufe an:

#### An die Arbeit!

### Es kriselt bei den Eisenbahnassistenten

Zum Sonntag hatte der Eisenbahn-Assistenten-Verband eine Protestkundgebung einberufen, die Stellung nahm zu der Erklärung des Reichsfinanzministers Wittich vom 14. März d. Js. betreffend die Regelung der Assistentenfrage. Die Tagung, die im großen Saale der Königsstadt-Brauerei stattfand, war aus allen Teilen Deutschlands außerordentlich stark besucht. Die Behörden waren wohl geladen, aber nicht erschienen, natürlich ohne Angabe von Gründen. Von den politischen Parteien waren durch Abgeordnete offiziell vertreten U. S. P. D., Demokratische Partei und Deutsche Volkspartei.

Der Hauptreferent, Fröhlich, Vorsitzender der Sparte der Eisenbahn-Assistenten, legte energisch dagegen Verwahrung ein, daß vor dem Aufstieg in Gruppe 7 nach der Erklärung des Ministers eine noch malige Prüfung abgelegt werden soll, trotzdem die Beamten schon Inanspruchnahme der Arbeiten der Gruppe 7 verrichten. Die Prüfung w... von der Assistentenschaft rundweg abgelehnt. Durch Schaffung einer unterchiedlichen Prozentzahl in der Höchstzahl der Besoldungsstellen gegenüber der Post, soll der alte Streit zwischen Eisenbahn und Post wieder künstlich angefaßt werden. Die gesamte Eisenbahnbeamtenchaft wird unter allen Umständen diese kränkelnde Zurückhaltung verhindern. Scharfster Widerspruch ist zu erheben gegen die empörende Maßregelung und Rechtslosmachung des Reichswahses, weil die außerplanmäßigen Beamten und Beamtenanwärter, die am 31. März 1920 vorhanden gewesen waren, von der Beförderung in Gruppe 7 überhaupt ausgeschlossen werden sollen. Eine erneute Differenzierung zwischen

Post und Eisenbahn wird unter keinen Umständen angedacht. Der Gehbehalt, den der Reichsfinanzminister hinwarf, wird nicht geschoben und der Kampf aufgenommen werden, wenn den Forderungen der Eisenbahn-Assistenten keine Rechnung getragen wird. Die Reichsgewerkschaft und die Fachorganisationen der Eisenbahn-Assistenten unterstützen voll und ganz deren Forderungen und haben sich solidarisch erklärt.

Dem Referat schloß sich eine Debatte an, die in der Hauptsache von den Vertretern der Brudersparten bestritten wurde. Sie verteidigten den Eisenbahn-Assistenten ihre Solidarität. Scharfe Kritik erfuhr die Tatsache, daß die Reichsregierung zu der Tagung keinen Vertreter entsandt hatte. Die Vertreter der Demokraten und der Deutschen Volkspartei vertraten die Forderungen der Assistenten im Ausschuß und Parlament zu vertreten.

Für unsere Partei und Reichstagsfraktion sprach Genosse Kocke. Unsere Fraktion würde die Forderungen der Eisenbahn-Assistenten mit Nachdruck unterstützen. Unter keinen Umständen dürften sich die Beamten nach dem Prinzip „Teile und herrsche“ behandeln lassen. Solidarität auf der ganzen Linie müsse die Parole sein. Solidarität nicht nur als Beamte, sondern über den engen Berufsrahmen hinaus, mit allen, die sich durch Verkauf ihrer Arbeitskraft mühsam durchs Leben schlagen müssen.

Eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Hauptreferenten fand gegen eine Stimme Annahme.

### Betriebsräte der Metallindustrie!

**Gruppenversammlung.** Am Mittwoch, den 6. April, abends 6 Uhr, findet in der „Brauerei“, Fildinistr. 23, eine Gruppenversammlung der Betriebsräte und Obleute der Metallindustrie statt. Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Lage in der Berliner Metallindustrie und wie beseitigen wir das Arbeitslosensend“. Referenten: Emil Bariß und Otto Ziska. Ohne Betriebskarte und Verbandsbuch kein Zutritt.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Gruppenrat der Metallindustrie. J. A. Hopf.

### Gewerkschaftsarbeit für die Allgemeinheit

Es ist eine weit verbreitete irrtümliche Auffassung, daß sich die Gewerkschaftsarbeit nur darauf beschränkt, für die eigenen Mitglieder der Vorteile und zwar hauptsächlich solche materieller Natur zu erringen. Wie wenig diese Auffassung zutrifft, kann man beispielsweise aus der vom Bund der technischen Angestellten und Beamten geleisteten, leider viel zu wenig bekannten Arbeit erkennen, die sich weit über die Interessen der eigenen Mitglieder hinaus erstreckt und in sehr großem Umfange der Allgemeinheit dient. Was beispielsweise vom Bund der technischen Angestellten und Beamten (Bund) an wichtigen organisatorischen Vorschlägen, die die erste Beachtung verdienen, zur Reorganisation des Groß-Berliner Gemeindelebens geleistet worden ist, ist außerordentlich wertvoll. Diese Vorschläge sind in einer Schrift „Die Technik im neuen Berlin“ ausführlich behandelt. (Industriebeamtenverlag, Berlinstr. 7.) Neuerdings ist eine andere sehr wichtige Schrift des Bundes erschienen: „Das Deutsche Bauprogramm 1921—1924“. Es wäre nur zu wünschen, daß alle im öffentlichen Leben stehenden und Anteilnehmenden sich mit den ganz zweifellos aus der Zukunft herder kommenden Vorschlägen zur Beseitigung der Wohnungsnot in eingehender Weise befassen. Die Mitarbeit der Gewerkschaften in den öffentlichen Körperlichkeiten, besonders in den sozialen Charakter, geht auch über den Interessentkreis der Mitgliedschaft weit hinaus. Wie sehr sich der Bund um eine im unmittelbaren Interesse der Allgemeinheit liegende Aufklärung verdient macht, zeigt auch, daß er in vielen kleinen und größeren Versammlungen den Aufbau der deutschen Wirtschaft im allgemeinen und, was von besonderem praktischen Wert ist, in bezug auf besondere Spezialfragen behandelt. So veranstaltet er am 10. April, normiertags 9 1/2 Uhr, im Kriegervereinshaus, Chausseestraße 94, eine solche Versammlung größeren Stils für alle Techniker und sonstige Interessierten, in der das Thema „Berufsunfähigkeitsversicherung“ erörtert werden soll. Hochachtung von Ruf, führende Politiker und ausgezeichnete Volkswirtschaftler werden sich daran beteiligen. Man muß also erwarten, daß diese Versammlung etwas sehr Wertvolles bieten und auch dazu beitragen wird, Klarheit über die einschlagenden Wege zur wirtschaftlichen Gesundung zu verbreiten.

### Zum Streik der Handelskassensarbeiter

In der am Montag mittag stattgefundenen Streikversammlung erstattete Vollmeier Bericht über den Stand der Bewegung. Freitag abend fand die letzte Verhandlung mit den Arbeitgebern statt. Trotzdem die Arbeitnehmer-Lohnkommission neue Vorschläge, die unter dem Schiedspruch von 15 Prozent blieben, den Arbeitgebern unterbreiteten, erklärten dieselben, daß diese Vorschläge keine Möglichkeit zur weiteren Verhandlung wären, die Arbeitnehmer-Kommission sollte sich erst von ihren Auftraggebern andere gangbare Vorschläge bewilligen lassen. Die Funktionäre der Streikenden lehnten es ab, neue Vorschläge den Arbeitgebern zu unterbreiten. Die Lohnkommission wurde beauftragt, auf Grund der bereits gemachten Vorschläge weiterzuverhandeln. Die Arbeitgeber versuchen nun, mit allen Mitteln Streikbrecher in den Betrieben einzustellen. In einigen Häusern ist es Streikbrechern unter dem Schutz der Polizei gelungen, in die Betriebe zu kommen. Bei 31 Firmen sind bereits Vereinbarungen abgeschlossen. Folgende Firmen werden noch bestritt: A. Wertheim, Warenhaus (alle Filialen), Tich, Warenhaus (alle Filialen), Jandorf, Warenhaus (alle Filialen), S. Ham, Leipziger Str., Cords, Leipziger Str., H. Engels, Warenhaus, Landsberger Str., Stephan Ebers, Ebers u. Dohhoff, Friedmann u. Weber, Subapfeffer Str., F. A. Grünfeld, Leipziger Str., F. A. Hahn, Kaufhaus, Alexanderplatz, Rudolf Herzog, Breite Str., M. Israel, Königsstr., Kaufhaus des Westens, Tauentzienstr., J. Jürgens, Alexanderplatz, Bernhard Selmecke, Gertraudenstr., Beck u. Cloppenburg, Gertraudenstr., Gebt. Lewandowski, Korsettfabrik, Michels, Leipziger Str., Arnold Müller, Leipziger Str., F. Rosenheim, Leipziger Str., F. A. Schumann, Leipziger Str., Gebt. Untermann, Tapeten, Lindenstr. 1, C. W. Borchert, Friedrichstr., F. A. Gebauer, Charlottenburg.

Die streikenden Handelskassensarbeiter, die bereits in der dritten Woche im Streik liegen, werden sich an das laufende Publikum um Unterstützung, da die Arbeitgeber vermutlich jede weitere Verhandlung mit der Organisation, dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, ablehnen.

**Streik in der Gipobranch.** Am Montag, den 4. April, mittags 12 Uhr, tagte eine Versammlung der Streikenden der Gipshautbranche. Kollege Sched teilt mit, daß von den Arbeitgebern behauptet wird, daß Sched der Versammlung vom 20. März falsch berichtet hätte betreffs des letzten Angebots der Arbeitgeber. Sched weist dies entschieden zurück, ebenso die Versammlung, als Sched den Bericht vom 30. März noch einmal wiederholt hat. Aber wie es den Ansehen hat, werden die Arbeitgeber von ihrer Leistung über den Gang der Verhandlungen falsch unterrichtet sein. Diese Vermutung begründet sich auf verschiedene Aussprüche einzelner Arbeitgeber. Als Streikende gemeldet haben sich 600 Kollegen bei 51 Firmen. Die Maurer und Fuhrer werden angefordert, sämtliche Arbeiter an Plattenlegen oder welche von Streikenden liegen geblieben sind, nicht fortzuführen. Ferner werden die Streikenden verpflichtet, ihre Arbeitsplätze zu kontrollieren. Die Streikleitung.

**Eisen-, Revolverdecker und Dreherinnen sowie Kundschleifer.** Zusammenkunft am Dienstag, den 5. April d. J., abends 7 Uhr, in der Schulstraße, Appenzelstr. 12, zwecks gemeinsamer Aussprache. Es ist Pflicht, daß alle Kolleginnen und Kollegen, die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes und der U. S. P. D. sind, bestimmt erscheinen. Partei- und Gewerkschaftsbuch legitimiert.

# Das neue Entwaffnungsgesetz

Von Kurt Rosenfeld

Der neueste Notenwechsel zwischen der deutschen Regierung und der Entente über die Entwaffnungsfrage und die erneute Weigerung der bayerischen Regierung, die Einwohnerwehr zu entlassen und aufzulösen, gibt Veranlassung, die Frage der Entwaffnung auf Grund der bisherigen Reichstagsverhandlungen zur Darstellung zu bringen.

Als Gesetz zur Durchführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages von Versailles hat der Reichstag Bestimmungen erlassen, die den Zweck haben sollen, das im Sommer 1920 erlassene Entwaffnungsgesetz zu ergänzen. Auf Grund dieses Gesetzes, das den Besitz von Waffen unter Strafe stellt, ist in Deutschland eine Entwaffnungskampagne durchgeführt worden. In Deutschland, das heißt in diesem Falle in den nicht bayerischen Landesteilen, Bayern besaß natürlich keine Waffen und vor allem brauchten und brauchen die bayerischen Einwohnerwehren ihre Waffen nicht abzuliefern.

Die Entente sah dem Treiben der Selbstschußorganisationen in Bayern nicht müde zu. Sie tritt ein, und sie konnte sich für ihr Eingreifen auf den Friedensvertrag von Versailles berufen. Artikel 177 lautet:

Die Unterrichtsanstalten, Universitäten, Kriegervereine, Schützengilden, die Sport- und Wandervereine, überhaupt Vereinigungen jeglicher Art, ohne Rücksicht auf das Alter ihrer Mitglieder, dürfen sich mit keinem militärischen Dingen befassen.

Es ist ihnen namentlich untersagt, ihre Mitglieder im Kriegshandwerk oder im Gebrauche von Militärwaffen auszubilden oder zu üben, oder auszubilden oder üben zu lassen.

Diese Vereine, Gesellschaften, Unterrichtsanstalten und Universitäten dürfen in keinerlei Verbindung mit dem Kriegsministerium oder irgendeiner anderen militärischen Behörde stehen.

Artikel 178 des Friedensvertrages bestimmt ferner:

Alle Mobilisierungsmassnahmen oder solche, die auf eine Mobilisierung hinführen, sind untersagt. In keinem Falle dürfen bei Truppenteilen, Behörden oder Städten Stämme für Ergänzungsformationen vorhanden sein.

In Ausführung dieser Bestimmungen ordnete § 22 des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrage vom 31. August 1919 an:

Bereine und private Unterrichtsanstalten, die dem Artikel 177 des Friedensvertrages enthaltene Verbote zuwiderhandeln, unterliegen der Auflösung.

Eine Strafbestimmung enthält das Gesetz aber nicht. Deshalb hat die Entente in ihrer Note vom 29. Januar 1921 verlangt, daß bis zum 15. März 1921 weitere gesetzliche Bestimmungen zur Ausführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages erlassen werden. Die deutsche Regierung ließ sich viel Zeit mit der Erfüllung auch dieses Teils des Friedensvertrages. Erst am 12. März legte sie dem Reichstag einen Gesetzentwurf vor, der folgende Bestimmungen enthält:

1. Es sind zu verbieten: Vereinigungen aller Art, welche 1. ihre Mitglieder im Kriegshandwerk oder im Gebrauche von Militärwaffen auszubilden oder üben, oder auszubilden oder üben lassen, 2. sich mit Maßnahmen befassen, die auf eine Mobilisierung hinführen.

§ 2. Unterrichtsanstalten, Universitäten und Kriegervereine, Schützengilden, Sport- und Wandervereine, überhaupt Vereinigungen jeder Art ist verboten, sich mit militärischen Dingen zu befassen sowie sich mit dem Kriegsministerium oder einer anderen militärischen Behörde in Verbindung zu setzen.

Aber dieser Gesetzentwurf ging den bürgerlichen Parteien schon zu weit. Einwohnerwehren, Selbstschußorganisationen und Ortschaften wären Gefahr gelassen, verboten zu werden, und das durfte nicht sein. In der Ausschlußberatung überboten sich die bürgerlichen Parteien in Vorschlägen, die alle das Ziel verfolgten, nur Schein das den Friedensvertrag auszuführen, das Fortbestehen der Selbstschußorganisationen aber auch weiterhin zu ermöglichen. Im Ausschluß trafen sich auch die Rechtssozialisten, wenigstens in der ersten Lesung des Gesetzes, dazu auf, ein solches und ausdrückliches Verbot der Einwohnerwehren und Selbstschußorganisationen zu verlangen. Das Durcheinander war im Ausschluß bei der ersten Lesung so groß, daß sämtliche Vorschläge der einzelnen Fraktionen mit Stimmengleichheit abgelehnt wurden.

Zwischen der ersten und zweiten Lesung gelang der Ruhehandel hinter den Kulissen. In den geheimen Besprechungen nahmen sämtliche Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten teil. Die bürgerlichen Parteien jagen sich auf den Wortlaut des Friedensvertrages jurid. Sie beantragten, den § 1 wie folgt zu fassen:

Geht aus den Satzungen oder dem Verhalten einer Vereinigung hervor, daß ihr Zweck im Widerspruch zu den Bestimmungen der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages steht, so ist sie aufzulösen.

Auf diese unklare Fassung, die die Entente nur dem Buchstaben nach zufriedenstellen konnte, einigten sich alle bürgerlichen Parteien. Sie waren sich bewußt, daß bei solcher Gesetzesbestimmung die Auslegung in die Hände der Behörden gelegt war, und zu diesen hatten alle bürgerlichen Parteien das Vertrauen, daß sie Einwohnerwehren und Selbstschußorganisationen nicht als gegen den Friedensvertrag verstoßend ansehen würden. Die Rechtssozialisten bemühten sich noch während der Ausschlußverhandlungen, wenigstens eine offizielle Erklärung der Regierung zu erwirken, nach der die Einwohnerwehren unter die von der Mehrheit angenommene Fassung des § 1 fallen. Aber nicht einmal eine solche Erklärung wurde von der Regierung abgegeben. In der ersten Lesung hatten die Rechtssozialisten ausdrücklich erklärt, daß sie den Eintritt um die bayerische Einwohnerwehr nicht mitmachen würden, in den geheimen Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien haben sie aber schnell geändert.

Wir beantragten folgende Fassung, wodurch diesen reaktionären Gebilden das Lebenslicht mit Sicherheit ausgeblasen worden wäre:

Wer sich an einer Einwohnerwehr oder an einer Selbstschußorganisation, oder an einer Vereinigung beteiligt, aus deren Satzungen oder Verhalten hervorgeht, daß ihr Zweck im Widerspruch zu dem Friedensvertrag steht, wird mit Gefängnis bestraft.

Unser Antrag ist aber abgelehnt worden. Der Ortschaftsminister Koch schloß vor, daß nach Annahme des Antrages unserer Fraktion auch verboten seien — die Wach- und Schützengesellschaften. Diese aber seien unentbehrlich.

Die erwähnte Fassung des § 1, wie sie von allen bürgerlichen Parteien vorgeschlagen wurde, ist alsdann auch in dritter Lesung vom Reichstag angenommen worden. Es liegt jetzt alles in der Hand der Behörden und man kann sich denken, daß die Selbstschußorganisationen um ihr Fortbestehen nicht Mühe zu haben brauchen. Hat doch der Ortschaftsminister Koch noch dazu erklärt, daß man bei Durchführung des Gesetzes „sichsam“ verfahren werde.

Nach § 1 des Gesetzes sind nicht einmal die dort bezeichneten Vereinigung ohne weiteres verboten, vielmehr hat die oberste Landesbehörde nur das Recht, die Auflösung solcher Vereine

auszusprechen; die oberste Landesbehörde, d. h. die Landesregierung; d. h. in Bayern die Regierung Rahr! Daß diese nicht daran denkt, der bayerischen Einwohnerwehr an den Krügen zu gehen, hat dieselbe Regierung inzwischen aller Welt verkündet.

Im ursprünglichen Regierungsentwurf war das Recht zur Verbot der Vereinigungen wenigstens dem Reichsminister des Innern gegeben, der allerdings die Durchführung der Verbote nur „im Benehmen mit der obersten Landesbehörde“ sollte vornehmen können. Auch dies ging den bürgerlichen Parteien zu weit. Bergedlich verlangten wir, und im Ausschluß auch die Rechtssozialisten, das Verbotrecht für die Reichsregierung. In das Gesetz kam nur die Bestimmung hinein, daß die Reichsregierung für die Auflösung „zuständig“ ist, wenn die oberste Landesbehörde von der Auflösung absteht. Wenn also die Landesregierung verweigert, muß die Reichsregierung nicht etwa einschreiten. Sie ist nur für ein eventuelles Eingreifen zuständig. Wer aber könnte glauben, daß die Reichsregierung gegen Bayern vorgehen würde, nachdem sie bisher nur gegen kleine Länder wie Gotha, Braunschweig und Bremen die Faust geholt, gegen Bayern aber noch nicht einmal die Hand zu erheben gewagt hat. Der Deutsch-nationale von Graefe prophezeigte sogar den Bankrott Deutschlands, wenn die Reichsregierung gegen einzelne Länder energisch werden würde. Herr Koch hat weder den Willen noch den Mut, gegen Bayern vorzugehen. Er ist nicht mit Unrecht in Bayern der beliebteste Reichsminister.

Schließlich brachten die bürgerlichen Parteien in dem Gesetzentwurf auch noch Bestimmungen hinein, daß im Falle einer nötig werdenden Verhaftung nicht etwa auf Gefängnis oder Geldstrafe erkannt werden muß. Es wurde auch die Möglichkeit der Verurteilung zu Festungsstrafe vorgezogen. Sogar ein Antrag, der herbeiführen wollte, daß die Mindestgeldstrafe hundert Mark betragen sollte, wurde abgelehnt. Die Gerichte brauchen also, wenn sie wirklich gegen Vereinigungen der Konterrevolution einschreiten, nicht einmal auf Gefängnis zu erkennen, sie können sich damit begnügen, auf Geldstrafe von drei Mark oder auf Festungsstrafe zu erkennen.

Und für ein solches Gesetz, das in der Ausführung seine Schärfe gegen links richtet, das man aber gegen rechts überhaupt nicht anwenden wird, haben nicht nur die bürgerlichen Parteien, sondern auch die Rechtssozialisten gestimmt. Es war in ihre Hand gegeben, wirklich die Entwaffnung der Einwohnerwehren herbeizuführen. Die bürgerlichen Parteien wollten das Gesetz nur in einer auch von den Rechtssozialisten gebilligten Form verabschieden. Diese haben aber die wichtige Handhabe eines solchen Gesetzes nicht benutzt. Die Einwohnerwehren bestehen weiter von Gnaden der Rechtssozialisten. Sie sind die eigentlichen Väter der Ley Rahr.

Die Folgen der Schaffung eines so unzulänglichen Gesetzes wird leider das ganze deutsche Volk tragen müssen. Die Entente wird die Sabotierung des Friedensvertrages zum Anlaß nehmen, die Sanktionen noch zu verschärfen. Die Verantwortung für alle Folgen trifft die bürgerlichen Parteien und die Reichsregierung und nicht minder die Rechtssozialisten.

## Die Kohlenpreiserhöhung

Den Bergarbeitern nichts, den Zechenbesitzern 23 Mark

Bekanntlich hat die Reichsregierung einer neuen Kohlenpreiserhöhung um 23 M. die Form mit Wirkung vom 1. April zugestimmt. Damit hat sich der Kohlenpreis gegenüber der Vorkriegszeit verdoppelt. Die Entlastung der Kohlenpreise wird durch folgende Tabelle veranschaulicht:

Syndikatspreis für Fest-Förderkohle

Stück I:		Stück II:	
1. 4. 14 bis 31. 3. 15	13,50	16. 6. 19 bis 30. 9. 19	70,10
1. 4. 15 „ 31. 8. 15	15,50	1. 10. 19 „ 30. 11. 19	80,60
1. 9. 15 „ 31. 12. 16	16,50	1. 12. 19 „ 31. 12. 19	80,60
1. 1. 17 „ 30. 4. 17	18,50	1. 1. 20 „ 1. 2. 20	109,60
1. 5. 17 „ 30. 9. 17	20,50	1. 2. 20 „ 1. 3. 20	174,90
1. 10. 17 „ 31. 12. 18	22,50	1. 3. 20 „ 1. 4. 20	196,50
1. 1. 19 „ 30. 4. 19	44,—	1. 4. 20 „ 1. 5. 20	226,30
1. 5. 19 „ 15. 6. 19	64,—	1. 5. 20 „ 1. 4. 21	232,50

Tom 1. 4. 21 ab: 255,30 M.

Angeblieh sollen fünf Mark der Erhöhung zur Verbilligung von Lebensmitteln für die Bergarbeiter dienen und nur 18 M. pro Tonne den Zechen zusteigen. In Wirklichkeit kommen die fünf Mark den Bergarbeitern aber nicht zugute, sondern sie werden zur Deckung des dem Reichsstaat an der Kohlenwirtschaft durch Lebensmittelpreise früher entstandenen Defizits von 300 Millionen Mark verwendet.

Anderes geht es mit den 18 Mark. Sie fallen dem Interne-merium nicht nur ungenutzt zu, sondern ihnen verbleiben noch weitere 15 Mark, die bei dem feinerzeit abgeschlossenen Ueber-sichtensabkommen den Zechenbesitzern als Äquivalent der Lohn-zuschläge bewilligt worden sind. Dieses Abkommen ist bekanntlich nur kurzem geblieben. In dem Zuschlag von 15 Mark pro Tonne ist aber nicht gerüchelt worden. Dieser soll vielmehr weiter erhoben werden. Das gibt die Auf-führung dafür, warum die Unternehmer sich so schnell mit der Kündigung des Ueber-sichtensabkommens abgefunden haben. Die Vermutung liegt nahe, daß es ihnen damals überhaupt weniger um die Erhöhung der Produktion als um Erhöhung der Preise zu tun war.

In dieser Tatsache kann auch das „Berliner Tageblatt“ nicht vorübergehen. Es stellt fest, daß die jetzigen Preise um 15 Mark zu hoch sind. Auch die „Frankfurter Zeitung“ übt eine zaghafte Kritik. Das Blatt meint, daß die rechnungsmäßigen Unterlagen, auf die sich die Kohlenpreiserhöhung stütze, nicht ohne weiteres zu kontrollieren seien. Die bedeutende Verbilligung der letzten Zeit für Eisen und andere wichtige Produkte könne aber auch das Budget der Bergbauvertriebe nicht unerheblich beeinträchtigt haben. Zum mindesten, meint das Blatt, hätte die Preiserhöhung noch hinausgeschoben werden müssen. Das Reichswirtschaftsministerium hat, indem es sich über solche Bedenken hinwegsetzte, die Lage der deutschen Kohlenverbraucher Industrie wie auch der übrigen Kohlenverbraucher erschwert und den an vielen Stellen bereits kräftig in Angriff genommenen Preisabbau von neuem unter-bunden.

Zu anderen Schlussfolgerungen kommt die „Völkische Zeitung“. Sie erblüht in der neuen Kohlenpreiserhöhung insofern einen Vorteil, als sie „zweifelhafte“ zu „sparsamerem Gebrauche“ führe. Mit diesem Argument läßt sich schließlich alles rechtfertigen! Aber damit ist der Schatzkammer der „Völkischen Zeitung“ noch nicht erschöpft. Sie sieht die Ursache aller Uebel im „Wahnsinn“:

„Ueberhaupt macht sich in unserem ganzen Wirtschaftsleben die mangelhafte Ausnutzung des Arbeitstages höchst ungünstig fühlbar. Die Festlegung einer einheitlichen achtstündigen Arbeitszeit — die Bergleute nehmen noch eine Ausnahmezeitung ein — hemmt und verteuert die Gütererzeugung, den Verkehr und den Handel.“

Die unerhörten hohen Dividenden haben für die „Völkische Zeitung“ natürlich keine variierende Wirkung. Gerade die Rechnungsabläufe aller Unternehmen im Kohlenbergbau sollen

mit ihren hohen Dividenden den besten Gegenbeweis für die Normenlosigkeit einer Erhöhung der Kohlenpreise dar. Aber die Volkswirtschaft ist für das Interne-merium an seine Grenzen gebunden. Die Regierung sanktioniert diese vielmehr und solidarisiert sich dadurch mit den Belles-bemüherern.

## Ausländische Sozialisten über den Putsch

Das Züricher „Völkische“ sagt in längerem Aus-führungen über den deutschen Kommunismus folgendes:

„So lieberlich und verantwortungslos wie der neueste Putsch der deutschen Kommunisten unternommen worden ist, so auch sein Ver-lauf. Es ist durchweg nur eine kleine Minderheit der Arbeiter, die sich von den Kommunisten in das Abenteuer hineintreiben ließ. Wo aber die Masse der Proletariat selbst fehlt, wo die Zeitumstände so ungünstig sind wie jetzt in Deutschland, wo keine Reizung weiterer Volkswirtschaft besteht zum Anschluß an eine revolutionäre Bewegung, da ist eine solche von vornherein ver-lornere Aktion auch mit keinen Bombenorientierten auf öffentliche Gebäude, Brückensprengungen und terroristischen Akten gegen die nichtkommunistische Arbeiterpresse mehr zu retten.“

Dieser Beurteilung bleibt wohl nichts hinzuzufügen.

Der in Mailand erscheinende „Avanti“ erblüht den Hauptfaktor der kommunistischen Bewegung in den Forde-rungen der Entente und in den Herausforderungen der Ortschaft. Die neue kommunistische Bewegung erscheint dem „Avanti“ aber mangelhaft vorbereitet, und warnend er-innert er:

„Kaiser Bayern verwandelte sich rasch in einen Held der Konter-revolution, genau wie das Ungarn eines Horváth und Finnland eines Kuusinen. Es genügt nicht, die Revolution zu machen, um sie zum Triumph zu bringen. In jedem Falle kommt es nicht, um die Revolution triumphieren zu lassen, die sozialistischen Kräfte zu spalten. Heute zählen die sich in Sachen schlagenden Spartakisten nicht nur die verschiedenen bürgerlichen Parteien, sondern auch noch die „Unabhängigen“ zu ihren Feinden, deren Organ, die „Freiheit“, die Arbeiterklasse gegen die „charakter-istische Anwendung, welche die Kommunisten von den 21 Punk-ten machen“, aufruft. Es ist leicht vorauszu-sehen, daß aus dem neu gekloffenen Blut nur die Stinnes und Rathenau, diese gewaltigen Kriegswinnler, Nutzen ziehen werden.“

Wie die ausländischen Kommunisten belogen werden

Nach am Mittwoch behaupteten die kommunistischen Blätter, daß der „Generalstreik“ weiter um sich greife. Es ist begreiflich, daß auch die ausländische kommu-nistische Presse mit Lügennachrichten über die Vor-gänge in Deutschland überflutet wird. So berichtet die „Humanität“ vom 28. und 29. März, daß sich fast das ganze Industriegebiet der Ruhr dem General-streik angeschlossen habe. Damit nicht genug, wird in dem Blatt aber noch behauptet, daß sich auch die Münchener Arbeiter-schaft für den Generalstreik ausgesprochen und daß sich dort selbst das Organ unserer Partei „Der Kampf“ entgegen der Haltung der Berliner Zentrale mit der kommunistischen Bewegung solidarisiert habe. Wie verlogen diese Nachricht ist, ergibt sich aus jeder einzelnen Nummer unseres Münchener Organs. Dieses hat sich von allem Anfang an gegen die kommunistische Generalstreik-propaganda gewendet. So schrieb das Blatt am Dienstag:

„Wir wollen augenblicklich nicht urteilen über die sinnlose Manier der kommunistischen Führer und ihrer Zentrale in Berlin. Wir wollen lediglich feststellen, daß gerade in München gar kein Grund für solche Volksmaßnahmen vorlag, weil von vornherein der kommunistischen Bewusstseinsagitation jeder Anhaltspunkt fehlte und weil die Münchener Arbeiter durch Erfahrungen zu gewöhnt sind, um nicht die Zusammenhänge zwischen reaktio-närer Propaganda und kommunistischer Politik zu durchschauen.“

Sicher ist die „Humanität“ nicht das einzige ausländische Kommunistenblatt, das von Deutschland aus mit bewährten Lügen gefüttert wird. Diese Lügen gehen in die ganze Welt hinaus, und auf ihnen bauen nicht zuletzt die Moskauer ihre Urteile über die revolutionäre Weltlage auf. Man darf sich daher nicht wundern, wenn Moskau allmählich dahin ge-langt ist, die Dinge außerhalb Sowjetrußlands nur in grober Karrikatur zu sehen. Das Verhängnisvolle aber ist, daß sich Moskau auf Grund solcher Karrikatur auch anmaßt, die revolutionären Aktionen bei uns zu bestimmen. Zu welchen Folgen dies führen kann, dafür gibt die Putsch-aktion der deutschen Kommunisten eine lebendige Lehre.

Hört, was Lenin sagt!

In der Schrift: „Der Kapitalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“, finden wir die folgenden Worte von Lenin:

„Die revolutionären Parteien müssen fortgesetzt lernen. Sie haben gelernt, anzugreifen. Nun müssen sie auch lernen, daß diese Wissenschaft um eine andere vernunftgemäß werden muß, nämlich um die Wissenschaft, einen Rückzug zu vollziehen. Sie müssen lernen — und die revolutionäre Klasse wird dies aus eigener bitterer Erfahrung kennenlernen — daß man nicht sitzen kann, wenn man nicht gelernt hat, gut vorzugehen und sich gut zurückzuziehen. Unter allen Oppositions- und Revolutionsparteien haben die Bolschewisten den Rückzug in der besten Ordnung und mit den geringsten Verlusten für ihre Heer ausgeführt. Sie haben ihre Reihen am besten vor Demoralisation bewahrt und sie bei größter Fähigkeit erhalten, die Arbeit in der unmaßstäblichen, rick-tigsten und energiegelichsten Form wieder aufzunehmen. Die Bolschewisten haben dies nur dadurch erreicht, daß sie alle Parole-revolutionäre rücksichtslos ausgestoßen haben, die nicht begreifen wollten, daß man sich zurückziehen und daß man auch einen Rück-zug durchzuführen wissen muß. Ferner, daß man bedingungslos lernen muß, in legaler Form in den reaktionärsten Parlamenten und Organisationen der Gewerkschaften, der Genossenschaften usw. zu arbeiten.“

Werden nunmehr auch diejenigen deutschen Arbeiter, die bisher den „Parole-Revolutionären“ nachgelaufen sind, die Lehren aus den bitteren Erfahrungen der Putschaktion zu ziehen beginnen?

## Die Erwerbslosigkeit im Februar

Am 1. März 1921 stellte sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger auf 428 000, darunter 348 000 männliche und 80 000 weibliche, die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützte Familienangehörige) auf 495 000. Die mit Ende des Winters von vielen Seiten erhoffte Milderung der Erwerbslosigkeit ist damit leider ausgeblieben, denn die Zahl der unter-stützten Erwerbslosen ist annähernd die gleiche wie zu Anfang Februar (433 000). Andererseits ist es durch den Aufbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge, die gegen 200 000 Erwerbslose Beschäftigung verschafft hat, gelungen, wenigstens ein Anzeichen der unterstützten Erwerbslosen zu vermeiden, trotzdem die wies-barke Krise die Lage des Arbeitsmarktes außerordentlich erschweren. Allerdings bleibt bei all diesen Zahlen zu berücksichtigen, daß die unterstützten Erwerbslosen nur einen Auschnitt aus dem Kreise der arbeitlosen Bevölkerung darstellen und daß nach wie vor ein ganz erheblicher Bevölkerungsteil das gewöhnliche Arbeitseinkommen entwehrt ganz oder zum Teil entbehrt.

# Die Weltwirtschaftskrise

Wie das Kapital „sozialisiert“

Aus Washington wird geschrieben: Seitdem die amerikanischen Eisenbahnen wieder in den uneingeschränkten Privatbesitz zurückgegeben worden sind, herrscht im amerikanischen Verkehrsgewerbe eine ständige Unruhe. Die Unternehmer — nicht zufrieden mit der ihnen von der Regierung auf Jahre hinaus garantierten Profitrate — wollen Lohnreduktionen erzwingen, — die Arbeiterkraft droht, sich durch Streiks und Ausstände zur Wehr zu setzen, und die Rentabilität der Bahnen und ihre Betriebssicherheit nimmt folgedessen nicht zu. Seit Wochen unterhandeln Unternehmer und Arbeitervertreter gemeinsam vor dem staatlichen Bahnkontrollauschuss über diese Fragen, ohne daß es bisher zu einem greifbaren Resultat gekommen wäre.

Jetzt ist die Frage in ein neues Stadium getreten: Eine Anzahl hervorragender New-Yorker Bankfirmen, die in dem Besitze des größten Teils aller Eisenbahnwerte sind, haben sich über die Köpfe der Eisenbahngesellschaften hinweg mit einigen Führern der Eisenbahngewerkschaften in Verbindung gesetzt und sowohl in Washington als auch in New-York Konferenzen abgehalten, auf denen allen Erstes die Arbeiterkontrolle der Eisenbahnen zur Debatte stand. Die Initiative zu diesen Konferenzen ging nicht von den Gewerkschaftsführern, sondern von den Finanziers aus.

Es ist leicht einzusehen, warum das sonst keineswegs sozialistische Maßnahmen liebende Finanzkapital sich hier plötzlich für die Arbeiterkontrolle erwärmt: die Dividenden der Eisenbahngesellschaften waren während des Krieges unter der Staatskontrolle höher als heute, weil den Arbeitern auskömmliche Löhne garantiert waren und sie daher keinen Streikgrund hatten. Dieser für die Aktienbesitzer rentablere Zustand soll nun wiederhergestellt werden.

Man darf neugierig sein, welche Stellung der neue Präsident gegenüber diesen „Sozialisierungsbestrebungen“ von Wallstreet einnehmen wird, da zwar der Schwerpunkt seiner Reden im Wahlkampf die strikte Ablehnung aller und jeder Sozialisierungsmaßnahme war, — er dennoch aber kaum etwas anderes darstellte als das Erkenntnis, daß der Willen des amerikanischen Finanzkapitals vollzieht.

## Wirtschaftskrise und Arbeiterbewegung

Die Wirtschaftskrise ist der Arbeiterbewegung ungünstig, wie es die Tatsachen bezeugen, wie es aber auch sonst verständlich ist. Auf der ganzen Linie der Arbeiterbewegung ist ein zeitweiliger Rückschlag zu verzeichnen. Die Krise wird zu Lohnverkürzungen ausgenutzt; viele Betriebe schließen ihre Türen, um die Arbeiter später mit niedrigeren Löhnen in die Arbeit zu stellen. Die Kräfte der Arbeiter reichen selten aus, um diesem Vorgehen ein Gegengewicht zu bieten. Die Zahl der Streiks ist in den Industrieländern, in erster Linie in England, im Abnehmen, da die Aussichten auf Erfolg gering sind.

Die Wirtschaftskrise hindert den Abschluß von Tarifverträgen, da zu Zeiten der Konjunkturlage und sinkenden Preise kein Anreiz zu deren Abschluß vorliegt. In den Vereinigten Staaten von Amerika hat die Wirtschaftskrise die gewerkschaftsfeindlichen Richtungen sehr verstärkt. Die sogenannte „Open Shop“-Bewegung der Arbeitgeber, welche sich gegen die Gewerkschaften richtet, ist während der Wirtschaftskrise und durch diese gestärkt worden. Die ungünstigen Rückwirkungen der Wirtschaftskrise für die Arbeiterbewegung machen sich auch auf politischem Gebiet fühlbar.

Die Sozialisierungspläne, welche in den verschiedenen Ländern im vorigen Jahre der Verwirklichung nahe waren, sind überall von der Wirtschaftskrise verschlungen. Wir lesen sogar von Versuchen, die nach dem Kriege erzielten sozialpolitischen Errungenschaften streitig zu machen; so in Frankreich, wo für gewisse Kategorien der Arbeiter, besonders für die Eisenbahner, auf Umwegen die Abschaffung des Achtstundentages versucht wird.

## Krisenausichten in Holland

Die Abhängigkeit Hollands vom Weltverkehr ist sehr bedeutend. Vor dem Kriege entfielen 450 Dollars per Kopf der Bevölkerung auf den Außenhandel (Einfuhr und Ausfuhr). Die größte Ziffer unter allen Völkern. Während des Krieges wurde ihm dieser erste Platz von der Schweiz und Neuseeland streitig gemacht. Im Jahre 1920 dürfte die auf jeden Einwohner entfallende Quote des Außenhandels nur noch 326 Dollars betragen, was bei der wesentlichen Geldentwertung (die Kaufkraft des holländischen Guldens ist kaum die Hälfte im Vergleich zu den Vorkriegszeiten) einen bedeutenden Rückschlag darstellt.

Der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr ist in fortwährendem Steigen begriffen; während er im Jahre 1917 145 und 1918 227 Millionen holländische Gulden betrug, erhöhte sich dieser Ueberschuß im Jahre 1919 auf 1,4 Milliarden, 1920 auf 1,8 Milliarden Gulden. Den volkswirtschaftlichen Sinn dieses Ueberschusses können wir nur aus der Zahlungsbilanz dieses Landes feststellen, welche aber nicht vorliegt. Deutschland führte im Jahre 1920 im Werte von fast 1/2 Milliarde holländischer Gulden mehr nach Holland aus, als es von Holland einfuhrte. Dieses riesige Saldo erklärt sich durch die Valutaverhältnisse. — Daß Holland nach dem Kriege gute Geschäfte machte, welche ihm eine weitgehende Akkumulation des Kapitals ermöglichten, geht auch daraus hervor, daß im Jahre 1920 1319 neue Aktiengesellschaften mit mehr als einer Milliarde holländischer Gulden Aktienkapital gegründet wurden, während in den Vorjahren nicht einmal die Hälfte dieses Betrages erreicht wurde. Dabei haben die Kapitalbesitzer in letzter Zeit die selbstverzinlichen Anleihen den Aktien, deren Börsenwert fortwährend schwankt, vorgezogen.

Die Wirtschaftskrise hatte auch Holland arg in Mitleidenschaft gezogen, die Zahl der Arbeitslosen in der Industrie war im Februar mehr wie 100 000; eine enorme Zahl im Verhältnis zur Industriebelastung. Der gegen die Arbeitslosigkeit eingeleitete Rat erklärte sich einstimmig gegen Schutzmaßnahmen, welche der Arbeiterschaft nichts nützen können.

## Aus den Organisationen

Dienstag, 5. April

1. April. Abends 7 Uhr Generalversammlung in SchulstraÙe 16. Vortrag der Gen. Warte über die Internationale Konferenz in Wien. Bericht und Resolutions des Vorstandes. Erläuterung dringender Notwendigkeit des 2. April. Bildungsausschusses. Abends 8 Uhr Sitzung und Abrechnung der Kasse. Sonntag, 5. April. Abends 8 Uhr gemeinsame Sitzung und Besprechung der Kasse. Sonntag, 5. April. Abends 8 Uhr gemeinsame Sitzung und Besprechung der Kasse. Sonntag, 5. April. Abends 8 Uhr gemeinsame Sitzung und Besprechung der Kasse.

Mittwoch, 6. April

15. April. Abends 1/2 Uhr Sitzung der kommunalen Kommission bei Frau. Wilhelmshöfener Str. 24. Das Schreiben aller Genossen ist durchgelesen. Charlottenburg, 3. Gruppe. Abends 7 Uhr Funktionserklärung bei Frau. Wilhelmshöfener Str. 24. Das Schreiben aller Genossen ist durchgelesen. Charlottenburg, 3. Gruppe. Abends 7 Uhr Funktionserklärung bei Frau. Wilhelmshöfener Str. 24.

Donnerstag, 7. April

16. April. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung der Bildungsausschusses. Vorkammer der Schule Legier Str. 18.

## Vereinskalender

Dienstag, 5. April

„Vereins- und Historisches Museum Johann Jakob“. Abends 7 Uhr bei Hofmann. Vorkammer Str. 18. „Freie Schwimmer“ Charlottenburg. Abends 7 Uhr bei Frau. Wilhelmshöfener Str. 24. „Freie Schwimmer“ Charlottenburg. Abends 7 Uhr bei Frau. Wilhelmshöfener Str. 24. „Freie Schwimmer“ Charlottenburg. Abends 7 Uhr bei Frau. Wilhelmshöfener Str. 24.

Mittwoch, 6. April

Deutscher Transportarbeiter-Verein. Abends 6 Uhr im Lokal von Witt. Vorkammer Str. 18. „Freie Schwimmer“ Charlottenburg. Abends 7 Uhr bei Frau. Wilhelmshöfener Str. 24. „Freie Schwimmer“ Charlottenburg. Abends 7 Uhr bei Frau. Wilhelmshöfener Str. 24.

Donnerstag, 7. April

Verein der Gewerkschaften und Arbeitervereine. Abends 6 Uhr im Vorkammer Str. 18. „Freie Schwimmer“ Charlottenburg. Abends 7 Uhr bei Frau. Wilhelmshöfener Str. 24. „Freie Schwimmer“ Charlottenburg. Abends 7 Uhr bei Frau. Wilhelmshöfener Str. 24.

# Billige Wirtschaftsartikel

## Emaille

Schmorlöpfe	zirka 24 cm	16 <sup>50</sup>	zirka 28 cm	20 <sup>50</sup>
Kasserollen	zirka 20 cm	9 <sup>50</sup>	zirka 22 cm	11 <sup>50</sup>
Maschinenlöpfe		5 <sup>50</sup>		7 <sup>50</sup>
Schüsseln	30 cm	5 <sup>50</sup>	32 cm	6 <sup>50</sup>
Schaumlöffel		2 <sup>50</sup>		2 <sup>50</sup>
Suppenlöffel		3 <sup>50</sup>		3 <sup>50</sup>
Brühsiebe		5 <sup>50</sup>		
Eimer	zirka 28 cm	16 <sup>50</sup>		19 <sup>50</sup>

## Garten-Geräte

Glasskannen	1 <sup>50</sup> bis 11 <sup>50</sup>
Blumensprüher	4 <sup>50</sup> bis 15 <sup>50</sup>
Blumenspritzen	6 <sup>50</sup> bis 27 <sup>50</sup>
Blumenkellen	6 <sup>50</sup>
Pflanzhölzer	3 <sup>50</sup>
Unkrauthacken	1 <sup>50</sup>
Gurkenhacken	9 <sup>50</sup> bis 12 <sup>50</sup>
Hacken	3 <sup>50</sup> bis 8 <sup>50</sup>

Wasserschlauch 1/2" Nr.	20 <sup>50</sup> bis 32 <sup>50</sup>
Schlauchwagen	110 <sup>50</sup> bis 175 <sup>50</sup>
Rasenmäher	72 <sup>50</sup> bis 210 <sup>50</sup>
Spaten	18 <sup>50</sup>
Harken	3 <sup>50</sup> bis 4 <sup>50</sup>
Baumsägen	12 <sup>50</sup> bis 13 <sup>50</sup>
Baumrindenschaber	18 <sup>50</sup> bis 23 <sup>50</sup>
Rosenscheren	19 <sup>50</sup> bis 34 <sup>50</sup>

## Aluminium

Wasserkessel	39 <sup>50</sup> bis 42 <sup>50</sup>
Maschinenlöpfe	14 <sup>50</sup>
Teedosen	16 <sup>50</sup>
Kaffee- und Zuckerbüchsen	19 <sup>50</sup>
Seifendosen	6 <sup>50</sup> bis 7 <sup>50</sup>
Reisekocher	22 <sup>50</sup>
Kasserollen zirka 14 cm	9 <sup>50</sup>
Kasserollen 16 bis 20 cm, Satz 3 Stück	55 <sup>50</sup>

**Wannen 38<sup>50</sup>**  
rund, ca. 55 cm

**Blumenkasten** 40 cm 6<sup>50</sup> 60 cm 9<sup>50</sup> 80 cm 12<sup>50</sup> 100 cm 15<sup>50</sup>  
**Blumenbretter** 14<sup>50</sup> mit Oaze 52<sup>50</sup>

**Vernick. Gasplatten 74<sup>50</sup>**  
Garatur, bestehend aus 2 Eisen und 1 Erhitzer

**Alumin.-Schmorlöpfe**  
mit Deckel 145<sup>50</sup> 155<sup>50</sup>  
Satz 5 Stück

## Stahlwaren

Alpaka - Esslöffel	9 <sup>50</sup>
Alpaka - Kaffeelöffel	5 <sup>50</sup>
Brotmesser	7 <sup>50</sup>
Küchenmesser	95% 1 <sup>50</sup>
Bestecke	9 <sup>50</sup> bis 16 <sup>50</sup>
Tischmesser	8 <sup>50</sup>
Dessertmesser	7 <sup>50</sup>
Eierschneider	11 <sup>50</sup>

## Wirtschafts-Artikel

Blech-Kaffeemühlen	29 <sup>50</sup> bis 31 <sup>50</sup>
Brotschneidemaschinen m. Rundmesser	64 <sup>50</sup> bis 70 <sup>50</sup>
Brotbüchsen	32 <sup>50</sup> bis 35 <sup>50</sup>
Brotkörbe	9 <sup>50</sup> bis 11 <sup>50</sup> 16 <sup>50</sup>
Krümelschaufeln mit Besen	29 <sup>50</sup> bis 32 <sup>50</sup>
Konsol: Sand, Soda, Seife	18 <sup>50</sup>
Gaskocher	15 <sup>50</sup> bis 22 <sup>50</sup>
Gaskocher geschlossen, 2 Kochstellen	97 <sup>50</sup>

Wirtschaftswagen	27 <sup>50</sup> bis 31 <sup>50</sup>
Tafelwagen (5 kg Gewicht)	145 <sup>50</sup>
Fleischmaschinen	57 <sup>50</sup> bis 77 <sup>50</sup>
Tablette Holz	18 <sup>50</sup> bis 24 <sup>50</sup>
Besteckkasten	8 <sup>50</sup> bis 12 <sup>50</sup> 13 <sup>50</sup>
Rollschdecken nord.	6 <sup>50</sup> bis 8 <sup>50</sup> 10 <sup>50</sup>
Waschbretter	6 <sup>50</sup>
Wäscheleinen zirka 40 m	9 <sup>50</sup>

## Bürstenwaren

Rosshaarbesen	17 <sup>50</sup> bis 19 <sup>50</sup>
Rosshaarhandfeger	11 <sup>50</sup> bis 12 <sup>50</sup>
Schrubber	3 <sup>50</sup> bis 4 <sup>50</sup>
Teppichbürsten	11 <sup>50</sup> bis 14 <sup>50</sup>
Möbelbürsten Kohle	5 <sup>50</sup> bis 12 <sup>50</sup>
Möbelpinsel	4 <sup>50</sup> bis 6 <sup>50</sup>
Stiefel-Glanzbürsten	95% 2 <sup>50</sup>
Handwaschbürsten	75% 1 <sup>50</sup>

**Eierkisten** ... 16<sup>50</sup> 22<sup>50</sup> **Zinkwannen** m. Holzbo den 85<sup>50</sup> 127<sup>50</sup> **Zinkzober** mit Holzbo den 95<sup>50</sup> 135<sup>50</sup> **Eierkarton** 30 Eier ... 4<sup>50</sup> 45 Eier 7<sup>50</sup>

# Hermann Tietz

**Zum Schulanfang**  
**Hefte** aus halbbrottem Papier, 16 Blatt stark ..... 80 Pl.  
**Federkasten** 1 75 750  
von 1 bis

**Achtung Brautleute!**  
**Trauringe**  
zu kaufen im Vertrauen, weil das Gold von jedem Hersteller selbst gestempelt werden kann. Durch diesen die in einem Geschäft, welches für den Goldstempel sowie für die Qualität volle Garantie übernehmen kann.  
Wir führen nur erstklassige Trauringe (Engländer, nach neuestem Verfahren hergestellt, und geben für jeden Ring einen Garantieschein für vollständigen Goldgehalt.  
1 Dukaten-Trauring 900 gestempelt 150 M.  
1 „ „ „ 600 gestempelt 95 M.  
1 „ „ „ 333 gestempelt 60 M.  
Trauringfabrik G. Alb. Thal Seydelstr. 5 (Hilfensstraße)

**Spezial - Arzt** f. allm. Geschlechtl. u. Blutuntersuch.  
**Dr. med. Karl Reinhardt**  
Potsdamer Str. 117  
Behandl. auch schwerer u. veralteter Leiden b. langjähr. bewährtes Heilverfahren. Spr. 11-12 u. 1-6 abends. Sonntag 11-1. Aufklärung Broschüre mit Beschreibung sämtl. Heilverfahren in verlässlichem Ruvert gegen Einzahlung von 20. 250 postfrei.

**Alexander Stein**  
**Agrarfrage und Sozialismus**  
Aus dem Inhalt:  
Die politische Situation / Der wirtschaftliche Gegensatz zwischen Stadt und Land / Die Klassenverteilung auf dem Lande / Die Agrarfrage und die Parteien / Die Stellung der unabhängigen Sozialdemokratie  
Preis 2.50 Mark  
Organisationen Preisermäßigung  
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Straße 8-9

**Spezial - Arzt** Dr. Okone für alle Geschlechter.  
hautärztliche Auskünfte, Ausschlag, Manuskriptsche, Sepsis, Kurve, (vgl. m. Salvarsan, Blutuntersuchungen, Damen sep. im letzten Kurs).  
**Dr. A. Löser sen.**  
Nur Rosenthalerstr. 69-70  
9-1, 4-6, 8, 9, 10-11, 12  
Rosenthaler Platz.  
Nach längerer fachwissenschaftlicher Ausbildung habe ich **Spezial - Arzt** f. Nerven- m. a. B. Bergstr. 52 niedergelassen. Dr. Ernst Lewy  
Spr. Wochent. 6-7, Sonntag. 9-10, Tel. Neuk. 1182

**Abessinier - Brunnen**  
zum Selbstheilen  
leben ohne geprobten Brunnen klaren Durstlöcher die aus der Erde fließen und die Verursacher der Verstopfung sind.  
**A. Schepmann**  
Berlin N. 112, Gieselerstraße 46  
Bestellen Sie sofort, bestellbar in jeder Apotheke, 4, Berlin C 2.

**VÖLLBIER:**  
**PILSATOR**  
**BÖHMISCH**  
**DUNKEL**  
in Flaschen, Kannen, Syphons, überall erhältlich.  
**BÖHMISCHES BRAUHAUS**  
**Geld**  
für jede Wertsache, fähig der Zahlung in 100 Mark, 50 Mark, 20 Mark, 10 Mark, 5 Mark, 2 Mark, 1 Mark, 50 Pf., 20 Pf., 10 Pf., 5 Pf., 2 Pf., 1 Pf.

**Der Mieterschutz**  
Preis 4 Mark  
Diese gemeinverständl. Darstellung des Mieterschutzes und der Höchstmietenerhöhung / Von Dr. Paul Herz und Rechtsanwalt Dr. Kurt Boehm / Mit Nachtrag:  
**Die Änderungen des Mieterschutzes**  
Zustellen alle sofort bei der Buchhandlung Freiheit / Berlin C 2